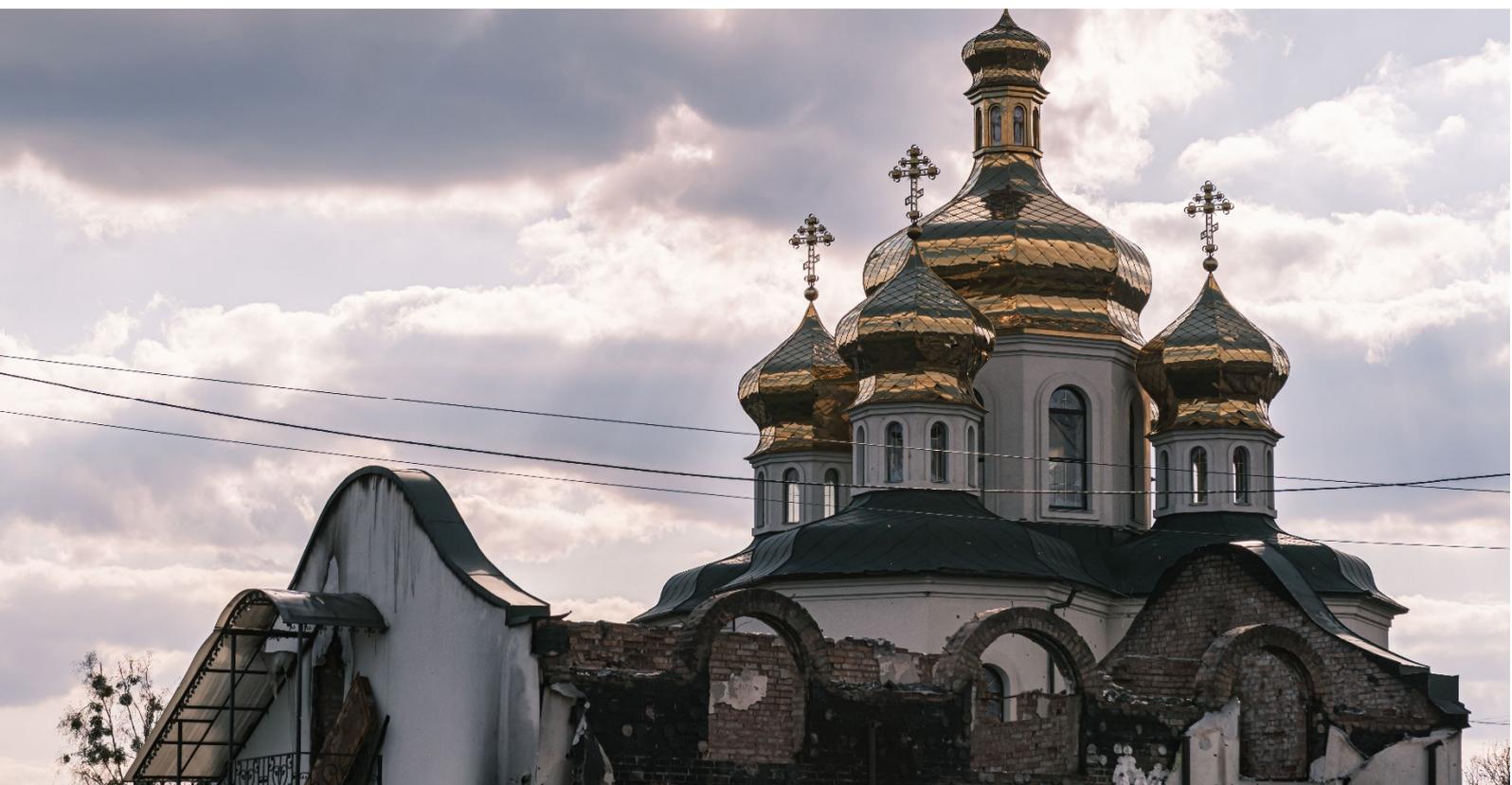


Der Krieg gegen die Ukraine und die Kirchen

Eine Chronologie



Am 24. Februar 2022 startete Russland eine großangelegte Invasion in die Ukraine. Alle ukrainischen Glaubensgemeinschaften verurteilten den Angriff scharf und stellten sich klar hinter die Regierung und Armee des Landes. Die Russische Orthodoxe Kirche mit ihrem Oberhaupt Patriarch Kirill hingegen rechtfertigt die Aggression Russlands propagandistisch. Das Dossier sammelt die wichtigsten NÖK-Meldungen zum Agieren der Kirchen im Krieg.

Chronologie

24. Februar 2022: Beginn der russischen Großinvasion in der Ukraine

27. Februar: Metropolit Onufrij appelliert an Moskauer Patriarchat

27. Februar: Patriarch Kirill spricht von „Kräften des Bösen“

1. März: Offener Brief von Geistlichen der ROK

16. März: Videogespräch zwischen Papst Franziskus und Patriarch Kirill

Anfang April: Gesetzesinitiativen zum Verbot der UOK im ukrainischen Parlament

27. Mai: Landeskonzil der UOK erklärt deren „volle Unabhängigkeit“

5. Juli: Gemeinsame Deklaration von Geistlichen der UOK und OKU

8. September: Erklärung der ÖRK-Vollversammlung zum Krieg in der Ukraine

23. September: Russland führt in besetzten Gebieten Scheinreferenden durch

25. September: Patriarch Kirill verspricht Soldaten Vergebung ihrer Sünden

ab Anfang November: Inlandgeheimdienst führt Razzien bei UOK-Geistlichen durch

23. November: UOK beschließt, Myron-Weihe wieder aufzunehmen

1. Dezember: Präsident Zelenskyj kündigt Überprüfung der UOK an

1. Januar 2023: UOK darf Entschlafens-Kathedrale des Kyjiwer Höhlenkloster nicht mehr nutzen

7. Januar: OKU feiert erstmals Weihnachtsgottesdienst in der Entschlafens-Kathedrale im Kyjiwer Höhlenkloster

Inhalt

Ukraine: Kirchenoberhäupter verurteilen Angriffskrieg und rufen zur Verteidigung der Ukraine auf

Ukraine: Metropolit Onufrij wirft Putin Brudermord vor, Kirchenoberhäupter loben Verteidigungswillen

Ukraine: Reaktionen orthodoxer Lokalkirchen auf den Krieg in der Ukraine

Ukraine: Priester der UOK distanzieren sich von Patriarch Kirill

Russland: Geistliche des Moskauer Patriarchats fordern Ende des Kriegs

Russland: Patriarch Kirill spricht von „Kräften des Bösen“, ukrainische Geistliche üben Kritik

Ukraine: Sprecher der UOK rechtfertigt Ende der Kommemoration des Patriarchen

Ukraine: Unterschiedliche orthodoxe Stellungnahmen zu Putins Angriffskrieg

Russland: Baptisten, Pfingstler und Altgläubige zum Krieg in der Ukraine

Ukraine: Epifanij ruft zur Vereinigung der beiden orthodoxen Kirchen auf

Russland: Ergebnisloser Briefwechsel zwischen ÖRK-Generalsekretär und Patriarch Kirill

Russland: Geldstrafe für Priester wegen Antikriegspredigt

Europas Kirchen verurteilen "russische Aggression" in der Ukraine

Russland: Patriarch sieht sich einig mit Papst und Erzbischof von Canterbury

Ukraine: Gesetzesprojekte zum Verbot des Moskauer Patriarchats in der Ukraine

Russland: Patriarch Kirill rechtfertigt russische Kriegsführung gegen antichristliche Provokationen

Ukraine: Kirchen verurteilen Massaker an der Zivilbevölkerung in Butscha und anderen Kiewer Vororten

Ukraine: Geistliche der UOK wollen Patriarch Kirill vor ein Kirchengericht bringen

Vatikan: Papst will eher nach Moskau als nach Kiew reisen

Ukraine: Ukrainische Orthodoxe Kirche klagt über Einschränkungen

Ukraine: Konzil der Ukrainischen Orthodoxen Kirche erklärt „volle Unabhängigkeit“

Unterschiedliche Reaktionen auf neues Statut der Ukrainischen Orthodoxen Kirche

Ukraine: Gemeinsame Deklaration von Geistlichen der OKU und UOK

Russland: Anklagen und Strafen wegen „Diskreditierung der Streitkräfte“

Deutschland: ÖRK-Erklärung verurteilt russische Invasion, vermeidet aber Kritik an der ROK

Russland: Katholische Bischöfe und buddhistischer Lama äußern sich gegen den Krieg

Russland: Patriarch verspricht Soldaten Vergebung der Sünden

Ukraine: Rat der Religionsgemeinschaften protestiert gegen Scheinreferenden

Ukraine: Ukrainische Orthodoxe Kirche will Myron-Weihe wieder aufnehmen

Ukraine: Geheimdienst durchsucht Klöster der Ukrainischen Orthodoxen Kirche

Ukraine: Neue rechtliche Vorstöße gegen die Ukrainische Orthodoxe Kirche

Ukraine: Priester wegen Kollaboration verurteilt

Russland: Für Patriarch Kirill sind Ukrainer und Russen ein Volk

Ukraine: Staat entzieht UOK zwei Kirchen des Höhlenklosters

Ukraine: Geistliche und Laien der UOK fordern klare Positionierung ihrer Bischöfe

USA: Schlagabtausch zur ukrainischen Religionspolitik im UN-Sicherheitsrat

Ukraine: Zweite Liturgie der OKU im Höhlenkloster, UGKK erhebt Anspruch auf Lavra von Putschajev

Ukraine: Expertengruppe sieht im Statut der UOK keine Trennung von Russland

Ukraine: Kirchenoberhäupter verurteilen Angriffskrieg und rufen zur Verteidigung der Ukraine auf

24. Februar 2022.

Angesichts des „grundlosen Angriffs von Russland und Belarus“ auf die Ukraine hat der Allukrainische Rat der Kirche und Religionsgemeinschaft die ukrainische Bevölkerung zu Ruhe aufgerufen und nicht in Panik zu verfallen. Der Rat „unterstützt die Streitkräfte der Ukraine und all unsere Verteidiger, wir segnen sie bei ihrer Verteidigung der Ukraine vor dem Aggressor und beten für sie“. Der Rat appellierte [an die religiösen und politischen Anführer](#) in der ganzen Welt, „alles Mögliche zu tun, um die Offensive des russischen Aggressors zu stoppen“.

Das Oberhaupt der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU), Metropolit Epifanij (Dumenko), rief zur Verteidigung und Schutz der Heimat auf, keine Panik aufkommen zu lassen und [für die Soldatinnen und Soldaten an der Front zu beten](#). Zudem sei es wichtig, die innere Ordnung aufrecht zu erhalten und den staatlichen und militärischen Anordnungen zu folgen. Er bittet die internationale Gemeinschaft um jegliche Unterstützung sowie Russland und Belarus zum Stopp des Angriffs zu zwingen. Die Angreifer müssten wissen, dass sie nach Gottes und menschlichen Gesetzen Mörder und Kriminelle seien und für ihre Taten vor Gott und den Menschen zur Rechenschaft gezogen würden.

Das Oberhaupt der UOK (Moskauer Patriarchat), Metropolit Onufrij (Berezovskij), rief die Gläubigen, Bürgerinnen und Bürger der Ukraine auf, angesichts der militärischen Operationen Russlands gegen die Ukraine nicht in Panik zu verfallen, mutig zu sein, zu beten und dem Heimatland und den Nächsten mit Liebe zu begegnen. Er appellierte direkt [an den russischen Präsidenten](#) und [bat] um eine sofortige Beendigung dieses Bruderkriegs. Das ukrainische und das russische Volk sind aus dem Taufbecken des Dnjepr hervorgegangen, und der Krieg zwischen diesen Völkern ist eine Wiederholung der Sünde Kains, der seinen eigenen Bruder aus Neid erschlug. Für einen solchen Krieg gibt es keine Entschuldigung, weder von Gott noch von den Menschen. Ich appelliere an den gesunden Menschenverstand, der uns lehrt, unsere irdischen Probleme im gegenseitigen Dialog und im gegenseitigen Verständnis zu lösen.“

Das Oberhaupt der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche, Großerbischof Svjatoslav Schevtschuk, rief zur Verteidigung des Landes auf: „Unsere Ukraine [...] ruft uns heute auf, für sie einzutreten – um ihre Würde vor Gott und der Menschheit, ihr Existenzrecht und ihr Recht zu verteidigen, die eigene Zukunft zu wählen.“ Es sei das „natürliche Recht“ und die „heilige Pflicht“, das Land, die Bevölkerung und den Staat sowie „all das zu verteidigen, was uns am Herzen liegt: Familie, Sprache und Kultur, Geschichte und die spirituelle Welt!“ Die Ukraine sei [eine friedliche Nation](#), die niemanden verletze oder bedrohe. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeige, dass alle, die Weltkriege begonnen haben, sie verloren und ihren eigenen Völkern Zerstörung gebracht haben. Gott und die Kirche stünden auf der Seite der Opfer ungerechter Aggression. „Der Sieg der Ukraine wird der Sieg der Macht Gottes über die Gemeinheit und Arroganz der Menschen sein“, so Großerbischof Schevtschuk. (NÖK)

Ukraine: Metropolit Onufrij wirft Putin Brudermord vor, Kirchenoberhäupter loben Verteidigungswillen

27. Februar 2022.

Metropolit Onufrij (Berezovskij) hat die ukrainische Bevölkerung und alle Gläubigen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche aufgerufen, nicht in Panik zu verfallen, mutig zu sein und Liebe für das Heimatland zu zeigen. Das Oberhaupt der zum Moskauer Patriarchat gehörenden Kirche appellierte am 27. Februar an die Ukrainerinnen und Ukrainer, die Gebete für die Ukraine, „für unsere Armee und unser Volk“ zu intensivieren. „In dieser tragischen Zeit bringen wir unseren Soldaten besondere Liebe und Unterstützung dar, die Wache stehen und unser Land und unser Volk beschützen und verteidigen“, so Metropolit Onufrij.

Er forderte den russischen Präsidenten auf, [den Bruderkrieg sofort zu beenden](#). „Das ukrainische und das russische Volk entstammen dem Taubecken des Dnipro, ein Krieg zwischen diesen Völkern ist eine Wiederholung der Sünde Kains, der seinen eigenen Bruder aus Neid tötete. Für einen solchen Krieg gibt es keine Entschuldigung, weder von Gott noch von den Menschen.“ Bereits am 25. Februar hatte Metropolit Onufrij angeordnet, die Keller aller Gotteshäuser der UOK in Kiew [für Schutz suchende Bürger zu öffnen](#), um Sicherheit vor Granaten und Bomben zu bieten.

Das Oberhaupt der Orthodoxen Kirche der Ukraine, Metropolit Epifanij (Dumenko), hat sich am 25. Februar nach der ersten Kriegsnacht an die internationale Gemeinschaft gewandt und erneut Hilfe für die Ukraine und [Sanktionen gegen Russland](#) gefordert: „Jede Abschwächung oder jedes Ausbleiben von Sanktionen gegen den Aggressor, jedes Zögern oder jede Reduzierung in den Arten der Hilfe für unser Hilfe führt zu zusätzlichem Leiden und dem Verlust von Menschenleben. Handeln Sie jetzt!“ Zudem rief der Metropolit die Ukrainer zum Zusammenhalt auf: „Richtet in diesen dunklen Stunden eure Aufmerksamkeit auf diejenigen um euch herum, haltet den Kontakt miteinander aufrecht, helft euch gegenseitig beim Überwinden eurer Ängste.“

In seiner [Botschaft am 26. Februar](#) lobte Metropolit Epifanij den Verteidigungswillen der ukrainischen Bevölkerung, die nicht nur sich selbst, sondern „die ganze zivilisierte Welt vor dem blutgetränkten Wahnsinn des Anführers von Russland“ verteidige. Er erinnerte aber auch an die zahlreichen Ukrainer, die bei den Kämpfen getötet wurden und forderte ein Nürnberg 2.0 gegen die Kremelführung, „die Kriegsverbrechen begangen und die Menschheit an den Rand eines dritten Weltkriegs gebracht hat“. Er rief die Geistlichen auf, wenn immer möglich, „für unsere Verteidiger und die Ukraine“ zu beten. In den Teilen der Ukraine, die „unter vorübergehender Besetzung des Feindes“ stehen, sollen die Geistlichen, wenn möglich, Gottesdienste halten; und wenn diese nicht möglich sind, ihre pastoralen und Gemeindeverpflichtungen auf andere Art ausführen.

Das Oberhaupt der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche, Großerbischof Svjatoslav Schevtschuk, wandte sich am 25. Februar [in einer Videobotschaft](#) an die ukrainische Bevölkerung und dankte ihr für den Widerstand gegen die russische Aggression: „Wir beten für die Ukraine. Wir beten für Frieden in der Ukraine. Wir beten und segnen die Verteidiger unseres Mutterlands. Ich möchte meine aufrichtige Dankbarkeit gegenüber all denjenigen ausdrücken, die sich selbst organisieren und unseren ukrainischen Staat heute unterstützen. Der Großerbischof ermutigte die Ukrainerinnen und Ukrainer, sich selbst zu organisieren: „In dieser tragischen Zeit hängt das Schicksal der Ukraine von unserer Fähigkeit ab, uns selbst zu organisieren, verantwortungsbewusst zu handeln und Verantwortung für die Zukunft unseres Staates zu übernehmen.“ (NÖK)

Ukraine: Reaktionen orthodoxer Lokalkirchen auf den Krieg in der Ukraine

27. Februar 2022.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat auch in der orthodoxen Welt Entsetzen ausgelöst. Zahlreiche Oberhäupter riefen zu einem Ende der Kampfhandlungen auf. Unterschiede zeigen sich allerdings bei der Benennung der Verantwortlichkeit für den Krieg: Während das Oberhaupt der Rumänischen Orthodoxen Kirche, [Patriarch Daniel](#), den Krieg als „einen von Russland gestarteten Krieg gegen einen souveränen und unabhängigen Staat“ verurteilte, sprach Patriarch Neofit von der Bulgarischen Orthodoxen Kirche (BOK) von „Militäraktionen zweier Brudervölker“. Das [Oberhaupt der BOK](#) appellierte an „alle, von denen es abhängt, das Blutvergießen zu stoppen und die Zwistigkeiten zu begraben, das grundlegende Menschenrecht auf Leben und Freiheit zu respektieren.“

Der Ökumenische Patriarch Bartholomäus hatte bereits am ersten Kriegstag mit Metropolit Epifanij (Dumenko), dem Oberhaupt der Orthodoxen Kirche der Ukraine, telefoniert und [„den grundlosen Angriff“](#) auf die Ukraine verurteilt. Erzbischof Hieronymos (Liapis) von Athen, das Oberhaupt der Griechischen Orthodoxen Kirche, zeigte sich „schockiert“ über den Kriegsausbruch und versicherte den ukrainischen Brüdern seine Gedanken und Gebete. „Als Person und als Geistlicher [war ich schockiert](#) über die Videoaufnahme eines kleinen Kindes, das mit Tränen in den Augen sagt, dass es nicht sterben will und möchte, dass dieser Krieg so schnell wie möglich endet, aber auch über die Aufnahme eines Vaters, der sich mit Tränen in den Augen von seiner Tochter und Frau verabschiedet, die auf der Suche nach einem sicheren Zufluchtsort fliehen“, so der Athener Erzbischof.

Patriarch Ilia II., Oberhaupt der Georgischen Orthodoxen Kirche (GOK), erklärte am 24. Februar „aufgrund von Georgiens bitterer Erfahrung: Wir wissen, wie wichtig die territoriale Integrität eines Landes ist.“ Daher verfolge die Kirche „mit Kummer“ die angespannte Situation in der Ukraine. In einer Twitterbotschaft rief Ilia II. [einen Tag später](#) zu einem schnellstmöglichen Ende der Feindseligkeiten auf, andernfalls würden sie sich zu einer „weltweiten Tragödie“ entwickeln. Die Jugendbewegung der GOK kündigte zudem die [Bereitstellung von humanitärer Hilfe](#) „für die ukrainischen Brüder“ an.

Der HI. Synod der Orthodoxen Kirche der Tschechischen Länder und der Slowakei erklärte am 26. Februar, dass er die Ereignisse in der Ukraine mit „Schmerz und Trauer“ verfolge, und drückte allen seine Anteilnahme aus, die direkt oder indirekt von den Militäroperationen betroffen seien. „Wir hoffen, dass die historischen und spirituellen Bande zwischen der Ukraine und Russland den Parteien helfen, den Konflikt zu lösen, nicht durch Gewalt, Zerstörung und sinnlosem Verlust von Leben, sondern im Gegenteil durch das Suchen von Frieden und Verhandlungsbereitschaft“, [so der HI. Synod](#). Das Oberhaupt der Orthodox Church in America, Metropolit Tikhon (Mollard), rief Präsident Putin auf, [die Militäroperationen sofort zu beenden](#). Er bot dem Oberhaupt der Ukrainischen Orthodoxen Kirche, Metropolit Onufrij (Berezovskij), seine Unterstützung an und versicherte auch allen anderen religiösen Oberhäuptern in der Ukraine seine Gebete.

Auf der offiziellen [Website der Serbischen Orthodoxen Kirche](#) war lediglich zu erfahren, dass der serbische Präsident Aleksandar Vučić Patriarch Porfirje über den Kurs der serbischen Regierung hinsichtlich der Situation in der Ukraine informiert habe. Jeder Krieg sei eine Tragödie und es ist „eine schmerzhaftes Tatsache, dass zwei Bruderstaaten und zwei ganz enge Brudervölker desselben Glaubens, deren Geschichte und Kultur unauflöslich verflochten sind, in Konflikt geraten sind.“ Die SOK bete zu Gott, den Waffengebrauch schnellstmöglich zu beenden und einen Dialog als Ausweg aus der Krise zu beginnen. Die serbische Regierung, die in den vergangenen Jahren sowohl gute Beziehungen zur EU und zu Russland zu pflegen versucht hat, übt sich angesichts des

Kriegs in der Ukraine in einem Spagat: Auf der einen Seite bekannte sich Präsident Vučić zur territorialen Integrität der Ukraine, vermied es aber von einem russischen Angriff oder Invasion zu sprechen. Zudem [kündigte er an](#), dass sich Serbien nicht an den Sanktionen der EU gegen Moskau beteiligen werde. (NÖK)

Ukraine: Priester der UOK distanzieren sich von Patriarch Kirill

01. März 2022.

In Videobotschaften haben mehrere Priester der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) erklärt, [Patriarch Kirill in ihren Gottesdiensten künftig nicht mehr zu commemorieren](#). Enttäuscht von dessen zurückhaltenden Äußerungen und fehlender Verurteilung des russischen Angriffs auf die Ukraine wollen sie ihn als ihr kirchliches Oberhaupt – die UOK untersteht dem Moskauer Patriarchat – nicht mehr commemorieren, wie das auch zahlreiche Priester der Eparchie Sumy im Osten der Ukraine angekündigt haben. Sie bitten ihr direktes Oberhaupt, Metropolit Onufrij (Berezovskij) von Kiew, an einer Versammlung ihrer Kirche die Autokephalie der UOK zu erörtern.

In den Videos nennen die Priester zunächst ihren Namen und die Kirche, in der sie ihren Dienst tun, und bezeichnen sich als Priester der UOK. Mehrere tragen die gleiche Erklärung vor: „Mein Vorsteher ist Metropolit Onufrij. Ich wende mich an den Moskauer Patriarchen Kirill: ‚Ich höre auf, Euren Namen im Gottesdienst in unserer Kirche zu nennen. Das ist meine Antwort auf Euer Schweigen während des Kriegs Russlands mit der Ukraine und Duldung des russischen Präsidenten Putin in allem, was auch zu diesem Krieg geführt hat. Wir haben Euch als Vater betrachtet und Ihr habt Euch als schlimmer als ein Stiefvater erwiesen. Gott wird Euer Richter sein.‘ Angesichts des Gesagten wende ich mich an meinen Vorsteher Metropolit Onufrij mit der Bitte, eine Versammlung der UOK einzuberufen, an der die Frage der Ungehörigkeit des weiteren Verbleibs im Moskauer Patriarchat und der Änderung des kanonischen Status unserer Kirche aufgegriffen wird.“

In mehreren Statements äußern sich die Priester noch schärfer. So erklärt einer, er commemoriere Kirill schon seit der Annexion der Krim 2014 nicht mehr, weil ihm sein Gewissen als Geistlicher dies nicht erlaube. Er wolle nichts mehr mit Patriarch Kirill zu tun haben. Ein anderer urteilt, Kirill heiße mit seinem Schweigen die russische Aggression gut, er schweige, obwohl auf friedliche Menschen und Städte geschossen werde. Allen gemeinsam ist die Bitte an Metropolit Onufrij, eine Versammlung der UOK einzuberufen, um ihre Unabhängigkeit zu diskutieren. (NÖK)

Russland: Geistliche des Moskauer Patriarchats fordern Ende des Kriegs

01. März 2022.

Priester und Diakone der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) haben in einem [offenen Brief Versöhnung und eine sofortige Waffenruhe in der Ukraine gefordert](#). Sie drückten ihre Trauer über die „Prüfung“ aus, der die Ukrainerinnen und Ukrainer „unverdient“ unterzogen würden. Mit Verweis auf das Jüngste Gericht, das jeden Menschen erwarte, riefen sie alle, „von denen das Ende des brudermörderischen Kriegs abhängt“, zum Handeln auf.

Mit Blick auf die „gottgegebene Freiheit des Menschen“ erklärten sie, das ukrainische Volk müsse seine Wahl selbst treffen, nicht im Visier von Waffen und ohne Druck des Westens oder des Ostens. Sie wünschten zudem, dass alle Soldaten – sowohl die russischen wie auch die ukrainischen – unverletzt und heil nach Hause zurückkehrten. Besonders betrübt zeigten sich die Priester und Diakone über die „Kluft, die unsere Kinder und Enkel in Russland und der Ukraine werden überwinden müssen, um wieder miteinander befreundet sein zu können, einander zu respektieren und lieben“. Zum Verzeihen und zur Versöhnung gebe es keine Alternative. Deshalb riefen sie alle Seiten zum Dialog auf, wobei nur schon die Fähigkeit, einander zuzuhören, Hoffnung auf einen Ausweg aus dem Abgrund geben könne, in den die beiden Länder „in nur wenigen Tagen gestürzt wurden“. Sie kritisierten zudem die zahlreichen Verhaftungen an Protestaktionen in Russland. Kein gewaltloser Aufruf zu Frieden und Beendigung des Kriegs dürfe gewaltsam unterbunden und als Gesetzesverstoß betrachtet werden. Bisher haben 128 Priester, Diakone und Äbte den offenen Brief unterschrieben (Stand 1. März) und es werden laufend mehr.

Auf der Plattform *change.org* hat auch eine [belarusische Gläubige eine Online-Petition an Patriarch Kirill gestartet](#). Darin bittet sie Patriarch Kirill im Namen von Christen, die der Belarusischen Orthodoxen Kirche angehören und somit dem Patriarchen von Moskau unterstehen, alles ihm Mögliche zu tun, um den brudermörderischen Krieg in der Ukraine zu stoppen. Sie fordert ihn auf, Metropolit Onufrij (Berezovskij) von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) zu erhören und den Aggressor – Russland – beim Namen zu nennen. Er solle es ihm gleichtun und den russischen Präsidenten Vladimir Putin auffordern, das „kriminelle, militärische Eindringen in den souveränen Staat Ukraine“ zu beenden.

Die Initiatorin bittet Kirill, sich „einzumischen“ und alles in seiner Macht Stehende zu tun, um das Blutvergießen zu stoppen. Als Oberhaupt der ROK bestehe Kirills „historische Mission“ darin, gerade für seine „Handlungen und Worte in diesen Tagen“ werde er sich vor dem Jüngsten Gericht verantworten müssen. Es sei auch das „Jüngste Gericht für unsere ganze Kirche, der entscheidende Moment, der ihr künftiges Schicksal bestimmen wird“. Die ganze Welt schaue auf den Patriarchen und warte auf sein friedensstiftendes Handeln. Die Petition schließt mit den Worten „Wir schauen auf Sie und warten auf Ihr prophetisches Wort, das den Krieg beenden wird. Gott schaut Sie an!“. Bis zum 1. März haben 432 Personen die Petition unterschrieben. (NÖK)

Russland: Patriarch Kirill spricht von „Kräften des Bösen“, ukrainische Geistliche üben Kritik

01. März 2022.

Patriarch Kirill hat das Geschehen am vierten Kriegstag als Verteidigung der Einheit der Russischen Orthodoxen Kirche in Russland, Belarus und der Ukraine gegen böse Kräfte dargestellt. Am 27. Februar feierte er in der Moskauer Christus Erlöser-Kathedrale den Sonntag zum „Jüngsten Gericht“ und sprach Gebete für die Neumärtyrer und Zeugen der Russischen Kirche – anlässlich des 100. Jahrestages einer Erklärung von Patriarch Tichon am 28. Februar 1922, welche die sowjetische Beschlagnahmung von Kirchengütern verurteilte. Die Liturgie wurde auf den Telekanälen *Sojuz* und *Spas* direkt übertragen.

Während der Liturgie sprach Patriarch Kirill folgendes [Gebet für die Ukraine](#): „Vor Dir, unserem großherzigen Herrn, fallen wir auf die Knie mit gebrochenem Herzen und inbrünstigem Gebet für das Land der Ukraine, das von Streit und Unruhen zerrissen ist. [...] Stärke die Menschen im Land der Ukraine mit Deiner Kraft, erleuchte die Augen derer, die in die Irre gehen, mit Deinem göttlichen Licht, damit sie Deine Wahrheit verstehen. Besänftige ihre Verhärtung, lösche die Feindschaft und die Unruhe im Land

und richte die friedlichen Menschen auf, damit sie Dich, unseren Herrn und Erlöser, erkennen.“

Nach der Liturgie rief der Patriarch in seiner [Predigt](#) zur „Einheit mit unseren Brüdern und Schwestern in der Ukraine“ auf. „Gott bewahre, dass die gegenwärtige politische Situation in der uns nahestehenden brüderlichen Ukraine dazu führt, dass die bösen Kräfte, die immer gegen die Einheit der Rus' und der Russischen Kirche gekämpft haben, die Oberhand gewinnen. Gott bewahre uns davor, dass zwischen Russland und der Ukraine eine schreckliche Grenze gezogen wird, die mit dem Blut von Brüdern befleckt ist.“ Er rief dazu auf, für die Wiederherstellung des Friedens und der „guten brüderlichen Beziehungen zwischen unseren Völkern“ zu beten. Der „Garant für diese Brüderlichkeit“ sei „unsere geeinte Orthodoxe Kirche, die in der Ukraine durch die Ukrainische Orthodoxe Kirche vertreten wird, an deren Spitze Seine Seligkeit Onufrij (Berezovskij) steht“.

Patriarch Kirill warnte die Kirche davor, sich „von dunklen und feindlichen äußeren Kräften verhöhnen zu lassen“, und forderte, alles zu tun, um den Frieden zwischen den Völkern zu bewahren und „gleichzeitig unser gemeinsames historisches Vaterland vor allen Handlungen von außen zu schützen, die diese Einheit zerstören können“.

Metropolit Onufrij von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK), die dem Moskauer Patriarchat untersteht, hingegen forderte den russischen Präsidenten am selben Tag direkt auf, [den Bruderkrieg sofort zu beenden](#). In einem [Statement kritisierte am 28. Februar der Hl. Synod der UOK den Krieg](#) und insbesondere, dass die Atomstreitkräfte Russlands in Alarmbereitschaft versetzt wurden, was die Zukunft der Menschheit und der ganzen Welt infrage stelle. Den Verteidigern der Ukraine versicherte der Hl. Synod, dass er sie ehre und für sie bete. Zudem wiederholte er, die UOK habe und werde immer die staatliche Souveränität und territoriale Unversehrtheit der Ukraine unterstützen. Die Eparchien und Klöster leisteten den Flüchtlingen und allen Betroffenen Hilfe. Patriarch Kirill rief der Hl. Synod dazu auf, sich für ein Ende des „brudermörderischen Blutvergießens auf der ukrainischen Erde“ auszusprechen und die russische Regierung zur sofortigen Unterbrechung der Kriegshandlungen, die bereits den Weltfrieden bedrohten, aufzurufen. Den russischen und ukrainischen Präsidenten bat der Hl. Synod, alles für die Beendigung der „Sünde der bewaffneten Auseinandersetzung der beiden brüderlichen Völker“ zu tun und Verhandlungen aufzunehmen. Schon jetzt habe der Krieg den Beziehungen zwischen dem russischen und dem ukrainischen Volk einen „schweren Schlag“ versetzt. Das ukrainische Volk rief der Hl. Synod zu Einheit und gegenseitiger Hilfe auf.

Nach der Rede Kirills am 27. Februar veröffentlichten zahlreiche Geistliche der UOK aus der Eparchie Sumy an der Ostgrenze der Ukraine zu Russland eine [Erklärung, dass sie den Patriarchen in den Gottesdiensten nicht mehr commemorieren werden](#) (29, weitere Unterschriften werden gesammelt). In der Eparchie fand einer der schlimmsten Angriffe der russischen Armee statt, wobei Wohngebiete getroffen und unschuldige Zivilisten getötet wurden. Die Geistlichen vermessen in den Worten des Patriarchen die klare Verurteilung des Angriffs auf ihre Heimat: Seine „Worte legen nahe, dass der Patriarch es durchaus befürwortet, die Ukraine zur Aufgabe ihrer staatlichen Souveränität zu zwingen und sie gewaltsam in Russland einzugliedern. Obwohl Seine Heiligkeit Patriarch Kirill seit vielen Jahren sagt, dass die Ukraine in seiner pastoralen Verantwortung steht, sehen wir heute keinen Versuch seinerseits, die leidende Bevölkerung der Ukraine zu schützen. In dieser schwierigen Situation haben wir, geleitet von unserem pastoralen Gewissen, beschlossen, die Kommemoration an den Moskauer Patriarchen während der Gottesdienste einzustellen. Diese Entscheidung wird auch von den Forderungen unserer Gläubigen diktiert, die den Namen des Patriarchen Kirill in unseren Kirchen leider nicht mehr hören wollen. Wir möchten besonders betonen, dass dieser Schritt keinen Verstoß gegen den Kanon darstellt. Nach den kirchlichen Vorschriften ist ein Priester nur zum Gedenken an seinen leitenden Bischof verpflichtet. Wir gedenken in den Gottesdiensten weiterhin Seiner Seligkeit Onufrij, Metropolit von Kiew und der ganzen Ukraine, und Seiner Eminenz Jevlohiy (Guttschenko), Metropolit von Sumy und Achtyrsky. Wir bleiben

Teil der ukrainisch-orthodoxen Kirche. Es ist bekannt, dass es in der Ukrainischen Orthodoxen Kirche Gemeinden gibt, die seit vielen Jahren nicht mehr des Moskauer Patriarchen gedenken, und niemand macht ihnen dafür einen Vorwurf.“ (Regula Zwahlen & NÖK)

Ukraine: Sprecher der UOK rechtfertigt Ende der Kommemoration des Patriarchen

04. März 2022.

Erzpriester Mykolay Danylevych, der Sprecher der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK), hat das [Ende der Kommemoration von Patriarch Kirill in einigen Eparchien der UOK kommentiert](#). Er bestätigte, dass viele Geistliche in der Liturgie den russischen Patriarchen, dem die UOK untersteht, nicht mehr erwähnten, das sei „die Realität“. Der Grund sei offensichtlich, nämlich der „hinterhältige offene Einfall in die Ukraine“. Dieser sei ein „riesiger Fehler Russlands“.

In der Ukraine habe sich das ganze Volk zum Schutz des Landes erhoben, und zwar zum Schutz des Landes, nicht des Präsidenten oder seiner Politik, führte Danylevych weiter aus. Die Kirche habe sich dem angeschlossen, das „ist eine Frage des Prinzips“. Die Verteidigung des Landes „ist die heilige Pflicht jedes Bürgers“, das habe auch das Oberhaupt der UOK, Metropolit Onufrij (Berezovskij), am ersten Kriegstag gesagt. Russland kämpfe nicht gegen die Machthaber, sondern gegen das Volk – „gerade so wird das bei uns wahrgenommen“, erklärte Danylevych. Zudem „haben die Menschen vom Patriarchen keine klare Bewertung dieses Kriegs und keinen Aufruf, diesen Irrsinn zu stoppen, gehört“. Von Metropolit Onufrij hingegen hätten sie diese Worte vernommen. Seinen Kommentar veröffentlichte Danylevych auf *Telegram*, nachdem er von einem russischen Medium, das ihn dazu angefragt habe, doch nicht publizieren worden war.

Die [Stellungnahme des Hl. Synods der UOK](#) zum Krieg wurde in Russland offenbar kaum verbreitet, lediglich die Website [pravmir.ru](#) zitiert sie. Allerdings ließ sie die Verurteilung der Versetzung der russischen Atomstreitkräfte in Alarmzustand und die Versicherung der Achtung und Gebete für die Verteidiger der Ukraine am Anfang des Statements weg. Auch die Beteuerung, dass die UOK die staatliche Souveränität und territoriale Integrität der Ukraine unterstützt, fehlt. Der Aufruf an Patriarch Kirill bricht nach der Bitte um seine Gebete und seinen Appell zum Ende des Blutvergießens ab. Statt der Aufforderung, sich an die russische Regierung zu wenden, stehen lediglich drei Punkte. Zu dem Statement [möchte sich die Russische Orthodoxe Kirche \(ROK\) offenbar nicht äußern](#). Jedenfalls lehnte es Vachtang Kipschidze, der stellv. Leiter der Synodalabteilung für die Beziehung der Kirche mit der Gesellschaft und den Medien, ab, den Aufruf dem russischen Medium *Ridus* gegenüber zu kommentieren.

Ganz anders als Erzpriester Danylovych äußerte sich der [Geschäftsführer der UOK, Metropolit Antonij \(Pakanitsch\) von Borispol](#), ohne jedoch ausdrücklich Bezug auf das Ende der Kommemoration des Patriarchen zu nehmen. Er warnte die Geistlichen der UOK davor, sich von Emotionen und Provokationen leiten zu lassen und rief sie dazu auf, kirchliche Fragen in Ruhe und auf rein kanonischem Weg zu lösen. Bisher haben mehrere Eparchien der UOK offiziell erklärt, Patriarch Kirill beim Gottesdienst nicht mehr zu kommenerieren: die [Eparchie Sumy](#), die [Eparchie Rivne](#), die [Eparchie Volodymyr-Volhynien](#), und die [Eparchie Zhitomyr](#). Zudem haben zahlreiche [Geistliche der Eparchie Lviv](#) an ihr Oberhaupt, Metropolit Filaret (Kutscherov), appelliert, Metropolit Onufrij und den Hl. Synod der UOK um die Einberufung einer Bischofsversammlung zu bitten. An dieser soll entschieden werden, das Moskauer Patriarchat zu verlassen und die Autokephalie zu verkünden. Außerdem erklärte die Eparchie, als Kirche des ukrainischen

Volks verurteile die UOK die Kriegshandlungen Russlands und helfe ukrainischen Soldaten und Flüchtlingen mit notwendigen Sachen und Lebensmitteln und biete Schutz. Zudem bete sie eifrig für den Sieg der Ukraine. Auch diese Eparchie kommemoriert Patriarch Kirill nicht mehr. (NÖK)

Ukraine: Unterschiedliche orthodoxe Stellungnahmen zu Putins Angriffskrieg

04. März 2022.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine sorgt weiterhin für unterschiedliche Stellungnahmen in der orthodoxen Welt. Patriarch Theodoros II. von Alexandria kritisierte Präsident Putin, den er persönlich kenne, als „machtbesoffen“ und „Imperator unserer Zeit“: „Große autoritäre Macht macht blind, und du vergisst, dass du menschlich bist.“ Zudem hob er hervor, dass das Patriarchat von Alexandria durch die [Gründung des russischen Exarchats](#) für Afrika eine „[ähnliche kirchliche Attacke](#)“ erlebt habe.

Patriarch Theodoros II. erinnerte daran, dass er selbst zehn Jahre von 1985 bis 1995 in Odessa gelebt und während dieser Zeit das Land lieben gelernt habe. Das sei der Grund, warum er einen „[doppelten Schmerz](#)“ empfinde: „Wie oft bin von Odessa nach Charkiv gereist? Weil ich gut weiß, was für großartige Menschen sie [die Ukrainer] sind, [...] habe ich den Krieg zwischen zwei verwandten Völkern vom ersten Moment an verurteilt.“

Das Patriarchat von Antiochien vermeidet es dagegen, von einem Krieg zu sprechen und die russische Führung zu verurteilen. Der Hl. Synod veröffentlichte am 2. März [eine Erklärung](#), in der er „während der schwierigen Zeit für das ukrainische Volk“ sein Mitgefühl gegenüber den Hirten der Ukrainischen Orthodoxen Kirche, angeführt von Metropolit Onufrij (Berezovskij), ausdrückt. Der Hl. Synod hoffe, dass „die spirituellen und historischen Verbindungen zwischen dem russischen und dem ukrainischen Volk, die beide dem gleichen Taufbecken entstammen, zur Lösung des Konflikts, zum Erreichen von Versöhnung und zur Konsolidierung des Friedens beitragen werden.“

Auch bei den orthodoxen Kirchen in Südosteuropa fallen die Stellungnahmen unterschiedlich aus: Der Sprecher des rumänischen Patriarchats, Vasile Bănescu, wiederholte die Position von Patriarch Daniel, dass die Rumänische Orthodoxe Kirche mit allen rumänisch-orthodoxen Christen in der Ukraine, aber auch „mit allen unschuldigen Opfern dieses Krieges so nah an Rumänien“ solidarisch sei. „Russlands ungerechter Krieg gegen die Ukraine ist in den letzten Tagen eskaliert, mit Folgen für die demokratischen Werte der europäischen Staaten“, [so Bănescu](#), der von einer humanitären Katastrophe für Hunderttausende unschuldige Menschen sprach. Die Erzdiözese Bukarest hat angeboten, [Flüchtlinge aus der Ukraine in Gemeindehäusern unterzubringen](#).

In einem Brief an Metropolit Epifanij (Dumenko), das Oberhaupt der Orthodoxen Kirche der Ukraine, hat der Athener Erzbischof Hieronymos (Liapis) diesem und dem „gepeinigten Volk der orthodoxen Ukrainer“ seine Unterstützung und Mitgefühl ausgedrückt: „Wir stehen in Solidarität mit Ihnen und versichern Ihnen die volle Unterstützung und alle Arten der Hilfe seitens der Heiligen Kirche von Griechenland.“

Das Oberhaupt der Serbischen Orthodoxen Kirche, Patriarch Porfirije, kündigte [in der Sonntagsliturgie](#) am 27. Februar an, dass alle Spenden der Gläubigen an diesem und in den nächsten Tagen der Unterstützung der Ukrainischen Orthodoxen Kirche und ihres Oberhauptes, Metropolit Onufrij, dienen. Dies solle der „bescheidene Beitrag und Ausdruck der Liebe“ der serbischen Gläubigen sein. (NÖK)

Russland: Baptisten, Pfingstler und Altgläubige zum Krieg in der Ukraine

10. März 2022.

Neben der dominierenden Russischen Orthodoxen Kirche haben sich auch einige kleinere russische Kirchen zum Krieg in der Ukraine geäußert. Mehrheitlich rufen sie zu Friedensbemühungen und Friedensgebeten für die Ukraine auf, klare Verurteilungen des russischen Angriffs auf die Ukraine finden sich jedoch nicht, teilweise stellen sich ihre Vertreter auch auf die Seite der russischen Regierung.

Der russische Bund der Evangeliumschrsten-Baptisten nahm bereits bei Kriegsausbruch am 24. Februar Stellung zur Ukraine. Er rief alle [zum Bund gehörenden Gemeinden](#) zum „verstärkten Gebet für die schnellstmögliche Wiederherstellung des friedlichen Lebens“ auf. Sie sollten für „Frieden auf der Erde und in den Herzen“, „Gottes Willen in wichtigen Entscheidungen“ und die „friedliche Lösung des Konflikts und das sofortige Ende der kriegerischen Handlungen“ in der Ukraine sowie den Schutz der Betroffenen beten. Am gleichen Tag wandte sich die Euro-Asiatische Föderation der Bünde der Evangeliumschrsten-Baptisten, in der die Baptisten der ehemaligen Sowjetunion zusammengeschlossen sind, [an den russischen Präsidenten Vladimir Putin](#). In ihrem Schreiben legten die Vorsitzenden der einzelnen Bünde Putin nahe, „anzuhalten und sich an den Verhandlungstisch zu setzen“, um eine friedliche Lösung für die schon global gewordene Auseinandersetzung zu finden. Sie wünschten, dass Gott ihm Weisheit schenke, um eine friedliche Lösung zu finden.

Am 28. Februar traf sich der [Rat der Euro-Asiatischen Föderation der Bünde der Evangeliumschrsten-Baptisten](#), um Situation in der Ukraine zu besprechen. Dabei betonten sie, wie wichtig die Einheit und die Unterstützung dieser Einheit der Gläubigen aus verschiedenen Ländern sei. Die nationale Zugehörigkeit dürfe die Liebe zueinander nicht behindern, es dürfe keine erniedrigende Polemik in den sozialen Netzwerken geführt werden.

Der leitende Bischof des russländischen vereinigten Bundes der Christen evangelischen Glaubens (Pfingstgemeinden), Sergej Rjachovskij, bezeichnete den Krieg in der Ukraine als „[brudermörderischen Konflikt](#)“. In einer Stellungnahme im Namen des Geistlichen Rats der Pfingstgemeinden verurteilte er Krieg ungeachtet seiner Ursachen als „schreckliches Übel“. Als Gläubige seien sie zur Liebe aufgerufen und würden in erster Linie für die Menschen und ihren Schutz beten. Er zeigte sich überzeugt, dass die evangelischen Kirchen zu Zentren der Unterstützung und Hilfe für die Bedürftigen werden. Das „russische und ukrainische Volk vereint eine jahrhundertelange Geschichte, die evangelischen Kirchen unserer Länder waren lange Zeit vereint“, erklärte Rjachovskij. Das werde der schnellstmöglichen Versöhnung ebenfalls dienen. Er bat zudem die Gläubigen, in den sozialen Netzwerken keine unüberprüften und provozierenden Informationen zu veröffentlichen.

Der [Vertreter des leitenden Bischofs für den zentralen Föderationskreis, Bischof Andrej Dirienko](#), erklärte in einer Videobotschaft, dass „wir heute für den Präsidenten und die Machthaber beten müssen“, damit sie Weisheit erhalten. Denn weise Entscheidungen von diesen Menschen seien wichtig, wobei sie manchmal zwischen mehreren Übeln das geringste aussuchen müssten. Er betonte als Bürger Russlands seine Liebe zum Land und Volk und verurteilte es, wenn Russland als „Imperium des Bösen“ bezeichnet werde, das sei nicht wahr. Er glaube an die „große Zukunft“ seines Volks und sei überzeugt, dass mit Gebeten Gott „die größten Schwierigkeiten in Wohl verwandeln kann“. Die Gläubigen rief er dazu auf, nicht „Feinde unter den Menschen zu suchen“.

Bischof Dmitrij Schatrov, der [Vertreter des leitenden Bischofs für den nordwestlichen Föderationskreis der Pfingstgemeinden](#), erklärte gegenüber der Nachrichtenagentur *Interfax*, als Bürger Russlands werde er für den russischen Präsidenten beten. Er könne nur teilweise begreifen, unter was für schwierigen Bedingungen dieser so schwerwiegende Entscheidungen treffen müsse. Er zweifle nicht daran, dass Putin keine „kriegerischen Handlungen“ führen wolle, „sie aber rechtfertigt, um ein größeres Übel zu vermeiden“. Während dies die Verantwortung der Politiker sei, sei die Verantwortung der Kirche, die Gebete für die Betroffenen zu verstärken.

Am 6. März äußerte sich auch das Oberhaupt der russischen Altgläubigen, [Metropolit Kornilij \(Titov\)](#), und rief zur Einkehr auf. Seine Worte „richten sich vor allem an diejenigen, die das einfache Volk in den Städten der Ukraine als lebendigen Schild benutzen“. Sie sollten auch aufhören, „völlig unschuldige Menschen dafür umzubringen, dass sie ihre Muttersprache und Kultur bewahren“. Für die Völker Russlands und der Ukraine sei es heute „mehr denn je nötig, sich an ihre Einheit zu erinnern“, einander alles zu verzeihen und „mit gemeinsamen Kräften den Nazismus zu stoppen“. In Bezug auf den Krieg in der Ukraine sagte Kornilij, es gebe zwar keine Macht, die nicht von Gott sei. Wenn aber die Macht „gottwidrig handelt wie in der Ukraine“, dann könne man als Gläubiger natürlich nicht unbeteiligt zusehen.

In den letzten Jahren habe sich Nazigedankengut in der Ukraine und einigen europäischen Ländern bis auf die Regierungsebene verbreitet, bedauerte der Metropolit. Diese Weltanschauung habe „zum Genozid, der physischen Auslöschung der Russen im Donbass, in Luhansk, in der Ukraine geführt“. Die ukrainische Regierung habe diesen Wahnsinn während acht Jahren nicht aufgehalten, der „vom ‚toleranten‘ Westen organisiert wurde, der die Normen der christlichen Moral verletzt“. Abschließend bekräftigte Metropolit Kornilij die Position, dass die vom Kreml so bezeichnete „Spezialoperation“ in der Ukraine erzwungen sei, und Russland nichts anderes übriggeblieben sei, um seine Interessen und die Rechte der russischsprachigen Bewohner der Ukraine und der „Republik Donbass“ zu schützen. (NÖK)

Ukraine: Epifanij ruft zur Vereinigung der beiden orthodoxen Kirchen auf

10. März 2022.

Das Oberhaupt der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU), Metropolit Epifanij (Dumenko), hat die Gläubigen und Geistlichen der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) zu einer Vereinigung der beiden orthodoxen Kirchen im Land aufgerufen. In seinem [Appell vom 5. März](#) betonte er, dass alle unter der russischen Invasion litten, und jede russische Bombe auf die Ukraine den Mythos von der „Heiligen Rus“ und dem „dreieinigen Volk“ endgültig zerstöre. Viele Angehörige der UOK würden daher schon darüber nachdenken, dass es „unmöglich ist, weiter in der Jurisdiktion des russischen Patriarchats zu bleiben“.

Die Angehörigen der UOK hätten immer ihre Treue zu den Kanones betont, die jedoch eine einige Lokalkirche vorsehen würden, erklärte Metropolit Epifanij. Deshalb rufe er sie nun dazu auf, „den kanonischen Weg zu betreten – den Weg der Einheit“. Da dies kein einfacher Weg sei, schlug er mehrere Vorgehensweisen vor. Wer schon bereit dazu sei, ob einzelne Gemeinden oder ganze Eparchien, werde von der OKU mit offenen Armen empfangen. Wer dazu nicht bereit sei, könne seine „guten Absichten“ mit gemeinsamen Gottesdiensten zeigen. Wer auch dazu nicht bereit sei, solle zumindest öffentlich von der eigenen Kirchenleitung fordern, Patriarch Kirill nicht mehr zu commemorieren und baldmöglichst die „vollständige Unabhängigkeit von Moskau“ zu verabschieden.

Das Konzept der „russischen Welt“ habe der Ukraine schreckliches Leid gebracht, deshalb „muss für immer mit dieser blutbefleckten chauvinistischen Ideologie gebrochen werden“, sagte Epifanij weiter. Die Gläubigen seiner eignen Kirche und ihre Unterstützer rief er auf, nicht ihren Emotionen nachzugeben und „unseren Brüdern die Möglichkeit zu geben, den Weg zur Einheit zu absolvieren“.

Der HI. Synod der OKU beschloss [an seiner Online-Sitzung am 7. März](#) eine Reihe von Änderungen bei Gottesdiensten aufgrund des Kriegs. Insgesamt geht es darum, Gottesdienste flexibel der Situation anpassen zu können und den Bedürfnissen der Gläubigen entgegenzukommen. So dürfen Geistliche den üblichen Gottesdienstplan ändern, Gottesdienste abkürzen und in Häusern oder Schutzräumen abhalten, um seelsorgerischen Bedürfnissen zu entsprechen und die Sicherheit der Teilnehmer zu gewährleisten. Auch Begräbnisriten können, wenn nötig, abgekürzt werden. Bewaffnete Verteidiger des Landes, aber auch Flüchtlinge oder Bewohner umkämpfter Gebiete dürfen nach eigenem Ermessen die Fastenregeln abschwächen oder ganz auf das Fasten – die vorösterliche Fastenzeit der Orthodoxen Kirche hat am 7. März begonnen – verzichten. Insgesamt sei der Dienst am Nächsten in der aktuellen Situation das Wichtigste, heißt es in der Mitteilung des HI. Synods.

Metropolit Onufrij (Berezovskij), das Oberhaupt der UOK, hat in einer Predigt [erneut der russischen Präsidenten Vladimir Putin aufgerufen, den Krieg zu beenden](#). Nach einem Gebet für Frieden in der Ukraine am 4. März verwies er darauf, dass Krieg dem Volk keinen Nutzen bringe, sondern Blut vergieße, was die Menschen spalte. Er glaube, dass Putin den Krieg beenden könne, und er hoffe, dass er dies tun werde. Beide Seiten – Russland und die Ukraine – forderte er auf, sich an den Verhandlungstisch zu setzen und dort alle Probleme zu lösen, statt „mithilfe des Schwerts“. Er rief zu gegenseitiger Toleranz, Achtung, Liebe und Einheit auf. Mit dem Schwert erzeugte Einheit sei kurzfristig und unzuverlässig, Einheit in Gott jedoch halte ewig. (NÖK)

Russland: Ergebnisloser Briefwechsel zwischen ÖRK-Generalsekretär und Patriarch Kirill

17. März 2022.

Patriarch Kirill vermeidet weiterhin das Wort „Krieg“ für das reale Kriegsgeschehen in der Ukraine. In einem Schreiben an den geschäftsführenden Generalsekretär des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK), Ioan Sauca, sprach das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) von „dramatischen Entwicklungen in der Ukraine“, auf die sich die Gedanken und Gebete von Christen weltweit richteten. Der orthodoxe Priester Sauca hatte [am 2. März an Patriarch Kirill geschrieben](#) und ihn gebeten, seine Stimme zu erheben, um den Krieg in der Ukraine zu beenden. Zu Beginn der Fastenzeit in der West- wie Ostkirche, so Sauca, „schreibe ich Eurer Heiligkeit [...] und bitte Sie um Mediation mit den Behörden, damit sie diesen Krieg beenden, das Blutvergießen und das Leid stoppen und sich anstrengen, durch Dialog und Verhandlungen Frieden herbeizuführen.“

In seinem [Antwortschreiben an Sauca vom 10. März](#) betonte Patriarch Kirill, dass der Konflikt nicht erst heute begonnen habe. Wie der russische Präsident Vladimir Putin in seiner ideologischen Rechtfertigung des Angriffskrieges schrieb auch der Patriarch von einer immer weiter aufrüstenden NATO, die Russlands Sicherheit bedrohe, sowie von der in ihren Rechten und Traditionen angeblich bedrohten Bevölkerung im Donbass. Dabei würden die politischen Kräfte des Westens jedoch nicht direkt gegen Russland kämpfen, sondern andere Mittel verwenden, indem sie die Brudervölker – Russen und Ukrainer – zu Feinden zu machen suchten: „Die schrecklichste Sache sind nicht die Waffen, sondern

das Bemühen zur ‚Umerziehung‘, zur geistigen Umgestaltung der in der Ukraine lebenden Ukrainer und Russen zu Feinden Russlands.“

Diesem Ziel diene auch das „2018 von Patriarch Bartholomaios ausgelöste Kirchenschisma“, womit Patriarch Kirill auf die Gründung der Orthodoxen Kirche der Ukraine anspielt. Dieser Akt habe vor allem von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche, die zum Moskauer Patriarchat gehört, Tribut gefordert. Das Oberhaupt der ROK beschloss seinen Brief mit der Bitte an Sauca, dass „der Ökumenische Rat der Kirchen auch in diesen schwierigen Zeiten, wie es in seiner gesamten Geschichte der Fall war, in der Lage sein wird, eine Plattform für einen unvoreingenommenen Dialog zu bleiben, frei von politischen Präferenzen und einseitigen Ansätzen“. (NÖK)

Russland: Geldstrafe für Priester wegen Antikriegspredigt

17. März 2022.

Der Priester Ioann Burdin ist für seine [Predigt vom 6. März und Materialien auf der Website](#) seiner Kirchgemeinde mit einer Buße von 35'000 Rubel bestraft worden. Das [Kreisgericht von Kostroma befand ihn am 10. März schuldig](#), mit seinen öffentlichen Äußerungen „den Einsatz der Streitkräfte der Russischen Föderation zum Schutz der Interessen Russlands und seiner Bürger diskreditiert“ zu haben. Eine solche „Diskreditierung“ der Armee ist in Russland seit dem 4. März 2022 strafbar. Am 11. März war über die Website der Gemeinde bereits [mehr als genug Geld gespendet worden](#), um die Strafe zu bezahlen.

Ioann Burdin, Vorsteher der Auferstehungskirche im Dorf Karabanovo in der Oblast Kostroma, [erklärte vor Gericht seine Äußerungen](#) und legte dar, weshalb es sich dabei um keine Diskreditierungen handle. Eine Diskreditierung sei eine „vorsätzliche Handlung, die darauf zielt, die Autorität, das Image und Vertrauen in jemanden zu untergraben und dessen Würde zu verletzen“. In ihrem Text hätten er und der Priester Georgij Edelschtejn von einem „Angriff“ geschrieben, was definitionsgemäß der „Übertritt einer Grenze durch die Armee eines Landes in ein anderes Land“ sei. Da die russischen Truppen tatsächlich die Grenze zur Ukraine übertreten hätten, sei der Begriff korrekt. Die vom Staat vorgeschriebene Bezeichnung „Spezialoperation“ stamme von einer betroffenen Partei und sei daher nicht glaubwürdig, führte Burdin aus.

Beim Verweis auf 1939 ging es den beiden Verfassern nicht um einen Vergleich der Handlungen Russlands mit denen Nazideutschlands, sondern darum, die Gläubigen an einen historischen Präzedenzfall zu erinnern, „als die Kirche die Aggression begrüßte und mit ihrer falschen Billigung zur Anzettelung des Weltkriegs beitrug“. Das Ziel der Aussage sei keine Diskreditierung, sondern die Warnung vor einem Fehler. Zum Schluss warnten die beiden Geistlichen, dass das vergossene Blut nicht nur an den Mördern und ihren Befehlsgebern kleben werde, sondern auch an denen, die das Blutvergießen billigten oder dazu schwiegen. Auch dabei gehe es nicht um eine Herabwürdigung der Regierung und Armee, es handle sich um ein religiöses Dogma, das dem christlichen Glauben zugrunde liege. Dieses Dogma eine Diskreditierung zu nennen, „bedeutet, das Recht auf Religionsfreiheit zu verletzen“, denn jeder Mensch dürfe seine religiösen Überzeugungen frei aussprechen.

Die Predigt habe sich nicht an alle Russen, sondern an die Mitglieder der Kirche gerichtet. Bewusst habe er sie vor der Liturgie gehalten, um anzukündigen, wofür er beten wird. So habe er niemanden gezwungen, mit ihm zu beten, jeder habe die Kirche verlassen oder nicht mitbeten können. Das Wort „Krieg“ benutzte Burdin, weil „weder die Bibel noch das

Evangelium irgendwelche ‚Spezialoperationen‘ kennen“. Abschließend beteuerte er, keine Diskreditierung staatlicher Institutionen beabsichtigt zu haben. Er habe sich in seiner Predigt und seinen Texten lediglich von den „Normen der christlichen Moral“ leiten lassen. Noch sei in Russland das Evangelium nicht verboten und als extremistische Literatur eingestuft. (NÖK)

Europas Kirchen verurteilen "russische Aggression" in der Ukraine

24. März 2022.

Die Spitzen der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) und des Rates der katholischen Bischofskonferenzen in Europa (CCEE) haben die „russische Aggression“ in der Ukraine verurteilt und Versuche einer religiösen Legitimierung des Kriegs scharf zurückgewiesen. „Religion darf nicht als Mittel zur Rechtfertigung dieses Krieges benutzt werden. Alle Religionen, auch wir Christen, sind uns einig in der Verurteilung der russischen Aggression, der Verbrechen, die gegen das ukrainische Volk begangen werden, und der Blasphemie, die der Missbrauch der Religion in diesem Zusammenhang darstellt“, heißt in einer am 23. März bekannt gewordenen Erklärung des Gemeinsamen Komitees von KEK und CCEE nach einem Treffen in Bratislava.

Herz des christlichen Glaubens seien Frieden und Versöhnung, wie Jesus es vorgelebt habe, so die Kirchenvertreter um KEK-Präsident Christian Krieger und CCEE-Präsident Erzbischof Gintaras Grusas. „Christus hat nie dazu aufgerufen, Gewalt oder Intoleranz zu schüren. Er selbst verurteilte offen die Anwendung von Gewalt, um sich durchzusetzen“, zitierten sie aus der Enzyklika „Fratelli tutti“ von Papst Franziskus: „Angesichts des großen Leids der Menschen, die in der Ukraine leben und aus ihr fliehen, fordern wir die religiösen und politischen Autoritäten auf, einen echten Dialog aufzunehmen und einen dauerhaften Frieden zu fördern.“

Der Gemischte Ausschuss dankte Kirchen und Nichtregierungsorganisationen sowie staatlichen Behörden in den Nachbarländern der Ukraine für deren „enormen“ Leistungen, in der Aufnahme der Menschen, die wegen des Kriegs aus ihrer Heimat geflohen sind. Ausdrücklich würdigten die Kirchenspitzen auch „die Stimmen des russischen Volkes, das mutig gegen die Invasion protestiert“.

Dem Rat der Europäischen Bischofskonferenzen (CCEE) gehören die Vorsitzenden der katholischen Bischofskonferenzen auf dem europäischen Kontinent an. In der Konferenz Europäischer Kirchen (KEK) haben sich 114 Kirchen orthodoxer, protestantischer und anglikanischer Traditionen aus ganz Europa zusammengeschlossen. Ursprünglich gehörte der KEK auch die Russische Orthodoxe Kirche an. Diese hat ihre Mitgliedschaft 2008 aber suspendiert.

Gegen das russisch-orthodoxe Kirchenoberhaupt, Patriarch Kirill, wird seit Beginn des russischen Angriffs auf die Ukraine auch aus den orthodoxen Kirchen immer mehr Kritik wegen dessen indirekter Billigung des Vorgehens von Präsident Vladimir Putin laut.

Putin selbst berief sich zuletzt bei einer Rede in Moskau sogar ausdrücklich auf die Bibel. Ziel der „Militäroperation“ sei, die Menschen im ostukrainischen Donbass vor einem „Völkermord“ zu retten, sagte er am 18. März bei einer Großveranstaltung im Luschniki-Stadion. „Und hier kommen mir die Worte aus der Heiligen Schrift in den Sinn: Es gibt keine größere Liebe, als wenn einer sein Leben für seine Freunde hingibt“, wurde Putin vom Kreml zitiert. „Und wir sehen, wie heldenhaft unsere Jungs bei diesem Einsatz

handeln und kämpfen.“ Der Bibelsatz stammt aus dem Johannes-Evangelium (Kap. 15, Vers 13). (Quelle: Katholische Presseagentur Kathpress, www.kathpress.at)

Russland: Patriarch sieht sich einig mit Papst und Erzbischof von Canterbury

24. März 2022.

Nach ihrer historischen Zusammenkunft in Havanna im Februar 2016 haben sich Papst Franziskus und der russische Patriarch Kirill am 16. März zu einem Videogespräch getroffen und über die Lage in der Ukraine ausgetauscht. Dies bestätigten sowohl das Moskauer Patriarchat als auch der Vatikan in Pressemitteilungen. Von [Seiten des Moskauer Patriarchats](#) hieß es, dass der Patriarch mit dem Papst insbesondere über die „humanitären Aspekte der gegenwärtigen Krise“ und die Maßnahmen der Russischen Orthodoxen Kirche und der römisch-katholischen Kirche zur Überwindung von deren Folgen gesprochen habe. Beide Seiten würden dem „laufenden Verhandlungsprozess“ außerordentliche Bedeutung zumessen und hofften, dass ein gerechter Friede so bald wie möglich erreicht werden kann.

Der Direktor des Pressebüros des Hl. Stuhls, [Matteo Bruni](#), bestätigte, dass im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen Papst und Patriarch der Krieg in der Ukraine und „die Rolle der Christen und ihrer Seelsorger“ gestanden hätten. Dabei seien sich beide Kirchenoberhäupter einig gewesen, dass die Kirche „nicht die Sprache der Politik verwenden“ dürfe, „sondern die Sprache Jesu“. Papst Franziskus erinnerte insbesondere an die Opfer des Krieges: „Diejenigen, die die Rechnung für den Krieg bezahlen, sind die Menschen, es sind die russischen Soldaten und es sind die Menschen, die bombardiert werden und sterben“. Zudem könne man heute nicht mehr von einem heiligen oder gerechten Krieg sprechen, es habe sich ein „christliches Bewusstsein für die Bedeutung des Friedens entwickelt“. „Kriege sind immer ungerecht, denn es ist das Volk Gottes, das zahlt“, so der Papst. An dem Gespräch zwischen Papst Franziskus und Patriarch Kirill nahmen auch der für Ökumene zuständige Kurienkardinal Kurt Koch und der Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, Metropolit Ilarion (Alfejev), teil.

Am 16. März führte Patriarch Kirill auch ein Videogespräch mit Erzbischof Justin Welby von Canterbury. Laut [Mitteilung des Außenamts des Moskauer Patriarchats](#) habe der Patriarch dabei den Standpunkt der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) zu den „Entwicklungen seit 2014“ dargelegt. Statt von „Krieg“ ist in der Presseerklärung von „der Krise in der Ukraine“ die Rede. Auch im Gespräch mit dem geistlichen Oberhaupt der Kirche von England sei der humanitäre Aspekt, darunter die kirchliche Hilfe für Flüchtlinge, thematisiert worden. Patriarch Kirill betonte insbesondere, dass jeder Mensch das Recht haben müsse, seinen Glauben frei zu leben und in seiner Muttersprache zu sprechen, und nicht aufgrund dessen politisch verfolgt zu werden. In der [Mitteilung des Erzbistums von Canterbury](#) heißt es, Welby habe seine große Sorge über den Krieg in der Ukraine ausgedrückt, der eine große Tragödie sei. Er habe betont, dass die Gewalt beendet werden müsse und Krieg niemals die Antwort sei. Die Kirchen müssten Friedensstifter sein und tun, was sie könnten, um „Politiker in ihrer Arbeit zu befähigen, die Freiheit und Rechte aller Menschen in der Ukraine zu etablieren“. Er rief Patriarch Kirill auf, sich ihm anzuschließen und öffentlich für Frieden auszusprechen.

Patriarch Kirill hat jedoch seine ganz eigene Lesart der beiden Gespräche mit den Kirchenoberhäuptern. In seiner [Rede an der Sitzung des Obersten Kirchenrats der ROK am 18. März](#) behauptete er, dass die Video-Kontakte zu Papst Franziskus und Erzbischof Welby ein „hohes Maß an Einigkeit und Verständnis“ gezeigt hätten. Er betonte, wie wichtig der Austausch über die Ukraine für die Beziehungen mit den beiden Kirchen und

die bilateralen Beziehungen des Patriarchen mit den beiden Kirchenoberhäuptern gewesen sei. Zudem seien die Treffen für eine „so weit wie möglich gemeinsame Haltung zur Situation in der Ukraine“ gut gewesen. Die Gesprächspartner hätten sich offenbar „nicht von uns entfernt und sind nicht unsere Feinde geworden“, also hätten die politischen Umstände die Verbindung nicht zerstören können.

Der Patriarch erinnerte an die „vernichtende Kritik eines bestimmten Teils unserer kirchlichen Gemeinschaft“ und an die vielen Aufrufe, den Ökumenischen Rat der Kirchen zu verlassen, mit der Begründung, die bilateralen Beziehungen seien ein Verrat an der Kirche. Demgegenüber bewertete er die beiden Videogespräche als positives Zeichen, da sich „unsere Kirche ohne all dies in völliger Isolation befinden würde und wir nicht die geringste Möglichkeit hätten, unseren Partnern unser Verständnis der Situation und unsere Sicht der Dinge zu vermitteln. Und, was am wichtigsten ist, wir hätten keine Chance, in diesen Partnern Menschen zu sehen, die mit der Position der ROK sympathisieren.“ Mit dieser Begründung rechtfertigte Patriarch Kirill nochmals die Entwicklung von Beziehungen mit orthodoxen und nichtorthodoxen Christen in den letzten Jahren. Er betonte zudem, dass die Position der ROK ein „echter friedensstiftender Faktor“ sein könne, der sich positiv auf die Entwicklungen in der Ukraine auswirkt. (NÖK)

Ukraine: Gesetzesprojekte zum Verbot des Moskauer Patriarchats in der Ukraine

08. April 2022.

Im ukrainischen Parlament haben Abgeordnete der Opposition zwei Gesetzesvorschläge eingebracht, um die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK), die dem Moskauer Patriarchat untersteht, zu verbieten. Der [erste Antrag](#) verlangt ein „Verbot des Moskauer Patriarchats auf dem Gebiet der Ukraine“, [der zweite](#) eine Anpassung des Gesetzes „Über die Freiheit des Gewissens und religiöser Organisationen“. Bei der Gesetzesanpassung geht es um religiöse Organisationen, deren leitendes Zentrum sich außerhalb der Ukraine in einem Staat befindet, der gesetzlich als Staat anerkannt ist, der eine kriegerische Aggression gegen die Ukraine begangen und/oder vorübergehend einen Teil des Territoriums der Ukraine besetzt hat.

In der Gesetzesinitiative zum Verbot des Moskauer Patriarchats in der Ukraine ist ausdrücklich die UOK als dessen Teil genannt. Dessen kirchliche Einrichtungen müssten bei einer Verabschiedung des Gesetzes ihre Tätigkeit einstellen, ihr gesamter Besitz würde innerhalb von 48 Stunden verstaatlicht. Gemeinden, Klöster und theologische Bildungseinrichtungen könnten innerhalb von zwei Wochen nach Inkrafttreten die Jurisdiktion wechseln und damit auch ihren Besitz behalten. Die Anpassung des Religionsgesetzes zielt ebenfalls auf die UOK, die damit aufgrund ihrer Zugehörigkeit zum Moskauer Patriarchat verboten werden soll. Im begleitenden [Erläuterungsschreiben](#) [werden mehrere Beispiele](#) von Geistlichen der UOK angeführt, die die russischen Streitkräfte unterstützt haben sollen und daher ein Sicherheitsrisiko für die Ukraine darstellen würden.

Die [Rechtsabteilung der UOK](#) wies darauf hin, dass es von juristischen Behörden der Ukraine keinerlei Anschuldigungen gegenüber der UOK in Bezug auf eine Verletzung der Sicherheit, Souveränität und territorialen Unversehrtheit der Ukraine gebe. Ein Verbot der Zugehörigkeit zu ihr betrachten die Juristen als Verletzung des Rechts auf Religionsfreiheit.

Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK) lehnt die Gesetzesvorlagen ab. [Vladimir Legojda](#), Leiter der Synodalabteilung für die Beziehung der Kirche zu Gesellschaft und Medien, befürchtet im Fall einer Annahme eines der Vorschläge „noch erbittertere Gewaltakte gegen Geistliche und Gläubige der kanonischen Kirche“. Die Annahme würde die gesellschaftliche Krise verschärfen und die Spaltung der Orthodoxie vertiefen. Die Annahme der Gesetze würde es „erlauben, größten Druck auf Tausende Gemeinden der UOK auszuüben“, [warnte Nikolaj Balaschov](#), stellv. Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats. Sie könnten so zum „Übertritt ins Schisma“ – in die seit 2019 autokephale Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU), die nicht von allen orthodoxen Lokalkirchen anerkannt ist – gezwungen werden, außerdem könnten damit die „Besetzungen“ von Kirchen der UOK legalisiert werden. Angesichts der angespannten politischen und sozialen Lage in der Ukraine könnte die Verabschiedung solcher „äußerst radikaler“ Gesetze „sich in eine breite interkonfessionelle Auseinandersetzung mit unvorhersehbaren Folgen ergießen“, erklärte er weiter. Auch der Kreml-Sprecher [Dmitrij Peskov](#) bezeichnete die Gesetzesinitiativen als „äußerst negativ“.

Metropolit Oleksandr (Drabyenko) von der OKU bezeichnet [ein Gesetz zum Verbot des Moskauer Patriarchats](#) in der Ukraine dagegen als „zweckdienlich und zeitgemäß“. In der Geschichte der Ukraine gebe es Analogien, nämlich das Verbot der Kommunistischen Partei und der sowjetischen Symbole. Die Gesellschaft hätte daraus ein „positives Resultat für ihre Heilung“, erklärte der Metropolit auf Facebook. Der Ausweg aus dieser „kritischen, historisch gerechtfertigten Situation“ für die Leitung der UOK sei klar. Sie müsse eine Versammlung einberufen, was auch online möglich sei, und den Austritt aus der ROK verkünden. Wer von den Sanktionen des Gesetzes getroffen werden wolle, sei nicht verpflichtet, an der Versammlung teilzunehmen, schrieb Metropolit Oleksandr weiter.

Der Berater des ukrainischen Präsidenten, [Mykhailo Podoliak](#), lehnt ein Verbot der UOK ab. Denn die UOK habe bezüglich des Kriegs in der Ukraine eine andere Position als die ROK eingenommen. Zudem warnte Podoliak vor Streitereien im religiösen Bereich, da die Einheit des Landes in der aktuellen Lage viel wichtiger sei. (NÖK)

Russland: Patriarch Kirill rechtfertigt russische Kriegsführung gegen antichristliche Provokationen

08. April 2022.

In seiner Predigt zum Todestag von Patriarch Tichon (Bellavin) am 7. April hat Patriarch Kirill erklärt, dass die Orthodoxe Kirche damals wie heute die Ankunft des Antichristen aufhält (Bezug auf 2. Thess. 2,6). Tichon, der sich mehrfach der bolschewistischen Regierung widersetzt hatte, starb am 7. April 1925 unter ungeklärten Umständen. [Kirill zufolge](#) geschehen heute gefährliche Prozesse auf ukrainischem Boden, wo „der Feind des Menschengeschlechts internen Streit zwischen Brüdern, Gliedern einer Kirche, anfacht, die zum einen orthodoxen Glauben gehören.“ Dabei verstrickten sich viele Menschen so stark im Netz des Teufels, dass sie die Wahrheit nicht mehr von der Lüge unterscheiden könnten und bereit seien, den Anweisungen des Bösen zu folgen.

Äußere Kräfte wollten die russische Erde zerstören und zerteilen, deshalb müsse man vor allem für die geistige Einheit der russischen Erde beten und fasten, so der Patriarch. Es sei die Kirche und der orthodoxe Glaube, welche die Menschen davon abhalte, die Orientierung im Leben zu verlieren, und damit die Ankunft des Antichristen aufhalte. Mit dem Gedenken an Tichon gedachte der Patriarch auch der Opfer der Zeit der Verfolgungen und der „harten Jahre der Verbannung im Fernen Osten unseres Landes“ unter der „damaligen Regierung“.

In seiner Predigt am 3. April in der neuen Hauptkirche der russischen Streitkräfte bei Moskau hatte Patriarch Kirill den „friedliebenden und leidgeprüften Charakter des russischen Volks“ betont und erneut [den Krieg gegen die Ukraine](#) gerechtfertigt. Das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) feierte die Liturgie erstmals seit dem russischen Angriff am 24. Februar in der [2020 eingeweihten Christi-Auferstehungs-Kathedrale](#) im Freizeitpark *Patriot*, „um in erster Linie mit den Vertretern unserer Streitkräfte zusammenzutreffen, um mich an sie und durch sie an unsere Armee, die Marine und alle Verteidiger des Vaterlandes zu wenden, damit sie die historische Bedeutung des gegenwärtigen Augenblicks erkennen: [...] Unsere ganze Nation muss heute aufwachen, muss aufwachen und erkennen, dass eine besondere Zeit gekommen ist, eine Zeit, die das historische Schicksal unserer Nation bestimmen kann.“

Die Bedeutung der gegenwärtigen „nicht einfachen Zeit“ bestehe darin, sich einer „einzigen Macht, die sich leider der Stärke unseres Volkes entgegenstellt“ zu widersetzen, so wie Russland bereits in der Vergangenheit dem Faschismus das Genick gebrochen habe, „der ohne Russland, ohne die Leistung unseres Volkes zweifellos die Welt erobert hätte“. Unter dem kolossalen Einfluss dieser einzigen Macht stünde heute die Mehrheit der Länder der Welt, weshalb der Begriff der „Unabhängigkeit“ für die meisten Länder nicht zutrefte.

Russland habe als bescheidenes, „friedliebendes, leidgeprüftes Volk, das wie nur wenige europäische Nationen unter den Kriegen gelitten hat, [...] keine Lust auf Kriege oder auf irgendetwas, das anderen schaden könnte. Aber wir sind durch unsere Geschichte dazu erzogen worden, unser Heimatland zu lieben und bereit zu sein, es zu verteidigen, wie nur Russen ihr Land verteidigen können.“ Zum Glück gebe es einen „nicht abreißenden Strom junger Menschen, die in die Streitkräfte eintreten, die Offiziere werden und ihr Leben der Verteidigung ihres Heimatlandes widmen wollen. Und wenn dies in Friedenszeiten durch einige Privilegien oder materielle Erwägungen erklärt werden kann, so ist der Armeedienst in Kriegszeiten eine echte Leistung.“

Gleichzeitig sorgt sich der Patriarch „um all die Menschen, die an den Orten leben, an denen heute militärische Konfrontationen ausgetragen werden. Schließlich sind dies alles Menschen und Völker der Heiligen Rus', allesamt unsere Brüder und Schwestern. Doch so wie im Mittelalter verschiedene Kräfte versuchten, die Rus' zu schwächen, indem sie die Brüder gegeneinander ausspielten und sie in interne Streitigkeiten stürzten, so ist es auch heute. Deshalb müssen wir alles tun, um das Blutvergießen zu stoppen und die Gefahr eines internen Krieges mit all seinen Folgen abzuwenden. Dabei müssen wir – und mit ‚wir‘ meine ich in erster Linie die Streitkräfte – unserem Eid und unserer Bereitschaft treu sein, ‚unser Leben hingeben für unsere Freunde‘, wie es das Wort Gottes bezeugt.“ Auch Präsident Vladimir Putin hatte den Vers am 18. März in seiner Rede zur Feier des achten Jahrestages der Krim-Annexion zitiert.

Am 3. April feierte der Patriarch auch den 53. Jahrestag seiner eigenen Mönchsweihe am 3. April 1969. Bei der Liturgie anwesend waren Vertreter des Verteidigungsministeriums der Russländischen Föderation und Armeeangehörige. Den liturgischen Chorgesang vollführte der orthodoxe Chor der Ingenieurtruppen der russländischen Streitkräfte.

Regula Zwahlen

Ukraine: Kirchen verurteilen Massaker an der Zivilbevölkerung in Butscha und anderen Kiewer Vororten

08. April 2022.

Der Allukrainische Rat der Kirchen und Religionsgemeinschaften hat sich entsetzt über die massenhafte Tötung von Zivilisten in den Vororten von Kiew gezeigt und die Tat als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt: „Der Monat der zeitweiligen Besetzung von Butscha, Irpin, Hostomel und der umliegenden Dörfer durch die russischen Truppen hat nicht nur zu einer großflächigen Zerstörung der schönen, neu erbauten Wohngebäude, Spielplätze, Krankenhäuser und weiterer sozialer Infrastruktur geführt, sondern auch zur totalen Vernichtung der zivilen Bevölkerung der Region“.

Es gebe Beweise, dass die russischen Soldaten ukrainische Frauen und sogar Kinder vor den Augen von Angehörigen gefoltert, vergewaltigt, erschossen und in Massengräbern oder einfach auf den Straßen liegen gelassen hätten. „Die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit [...] sind ein triftiges Argument zugunsten umfassender [...] Sanktionen gegen die russische Wirtschaft in allen Bereichen und sollte die Staatsoberhäupter, die NATO und die EU endlich dazu ermutigen, der Ukraine alle notwendigen Waffen zu liefern, um Russland als Terrorstaat zu besiegen“, [so der Rat](#). Die ganze Welt sollte erkennen, dass dies keine „ukrainische Krise“ oder „ein Krieg Russlands gegen die Ukraine“ sei, sondern ein „Krieg der Menschlichkeit, moralischen Werte und Tugendhaftigkeit mit dem konzentrierten Bösen, das eine satanische faschistische Natur hat“. Die Erklärung des Rats schließt mit den Worten: „Wir beten für den vollständigen Sieg der Ukraine über dieses Böse, für die Niederlage der russischen Besatzungstruppen, den Sturz des menschenverachtenden Regimes in Russland sowie für ein Augenöffnen und Reue der von der Propaganda verblendeten russischen Bürger.“

Auch die Oberhäupter der Kirchen verurteilten die mutmaßlichen Kriegsverbrechen scharf. Großerbischof Svjatoslav (Schevtschuk) von der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche sprach in seiner Videobotschaft zum 39. Kriegstag von „schrecklichen Kriegsverbrechen“. Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs wendet sich Schevtschuk täglich an die Öffentlichkeit. Solche Bilder habe Europa gesehen, als Städte und Dörfer von den Nazis befreit wurden, [sagte Großerbischof Svjatoslav](#). Es sei wichtig, dass die „ganze Welt das sieht und hört“, betonte er weiter. Beklemmend sei, dass die „russische Armee lastwagenweise geplünderte Güter aus der Ukraine fährt“, die diesen unschuldig Getöteten gehört hätten, die sie „vom Angesicht der Erde löschen wollten“.

Metropolit Epifanij (Dumenko) von der Orthodoxen Kirche der Ukraine erklärte [im Fernsehen](#), dass die Ermordung der Zivilbevölkerung in den Vororten ein unfassbares Geschehen sei. Die Verbrechen würden mit der Ideologie der „Russischen Welt“ gerechtfertigt, die vom russischen Patriarchen Kirill mitbegründet worden sei. Diese Ideologie „rechtfertigt Mord, Gewalt, Krieg“ und stehe deshalb „auf gleicher Stufe wie die Ideologie des Nazismus“ und müsse „zurückgewiesen und verurteilt“ werden. Epifanij sieht die ukrainische Regierung in der Verantwortung, die „Ukrainer vor dem Einfluss dieser Ideologie“ zu schützen, so wie auch „prorussische Kanäle“, die das Bewusstsein der Ukrainer beeinflusst hätten, und Parteien im Parlament verboten worden seien. Die Ukrainer müssten vor „dem weiteren institutionellen Einfluss, den das Moskauer Patriarchat auf die Ukraine ausübt, geschützt werden“. [Auf Twitter bezeichnete Epifanij](#) die Massentötungen von Zivilisten als „Zeichen eines Genozids“. Alles, was jetzt in der Umgebung von Kiew, in Mariupol und anderen Städten und Dörfern der Ukraine zu beobachten sei, zeige, dass „der russische Tyrann, das Volk, das ihn unterstützt, und ihre Truppen in unser Land gekommen sind, um die Ukraine von den Ukrainern zu ‚befreien‘“, schrieb er.

In einem kurzen Statement [bezeichnete auch Metropolit Onufrij](#) (Berezovskij) von der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) die Ereignisse in Butscha als „schrecklich“. Das Oberhaupt der Kirche, die dem Moskauer Patriarchat untersteht, erklärte, die Täter überlasse er dem Göttlichen Gericht, vor dem sich niemand verstecken könne. Den Angehörigen drückte er sein Mitgefühl aus und versprach, für die Toten zu beten. (NÖK)

Ukraine: Geistliche der UOK wollen Patriarch Kirill vor ein Kirchengericht bringen

20. April 2022.

Über [400 Geistliche](#) der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK), die dem Moskauer Patriarchat untersteht, haben einen Aufruf unterschrieben, den russischen [Patriarchen Kirill vor ein Kirchengericht zu stellen](#). Dabei schwebt ihnen eine Versammlung der Vorsteher der antiken östlichen Kirchen vor, also der Leiter der orthodoxen Kirchen von Konstantinopel, Alexandria, Antiochien und Jerusalem. Die Vorsteher der antiken Patriarchate hätten im Laufe der Kirchengeschichte mehrmals die Funktion eines höchsten Kirchengerichts der Orthodoxie übernommen.

Angesichts der „offenen Unterstützung“ von Patriarch Kirill für den Krieg Russlands gegen die Ukraine hoffen die Verfasser des Appells auf eine „gerechte Entscheidung“ der antiken Kirchen. Sie werfen Kirill zwei zentrale Vergehen vor. Erstens predige er die Doktrin der „Russischen Welt“, die den Kirchenlehren widerspreche und als Häresie eingestuft werden sollte. Zweitens habe Kirill „moralische Verbrechen“ begangen, indem er den Krieg gegen die Ukraine gutgeheißt und die „aggressiven Handlungen der russischen Truppen“ in der Ukraine unterstützt habe.

In einem zweiten Teil wenden sich die Geistlichen an die Vorsteher der orthodoxen Lokalkirchen und schildern das Kriegsgeschehen in der Ukraine. Angesichts des brutalen Kriegs empfänden sie es als Geistliche als ihre seelsorgerische Pflicht, sich an die Weltorthodoxie zu wenden. Mit Verweis auf die Empörung der Geistlichen und Gläubigen der UOK über Patriarch Kirills Haltung unterstützen die Unterzeichner die Weigerung einiger Bischöfe und Geistlicher, Patriarch Kirill nicht mehr zu kommemorieren. Doch das genüge nicht, es sei „unmöglich für uns, weiterhin in irgendeiner Form dem Moskauer Patriarchen kanonisch unterstellt zu sein“. Dies erfordere ihr „christliches Gewissen“, erklären die Unterzeichner. Sie drücken ihre Solidarität mit dem Volk und ihre volle Unterstützung für den ukrainischen Staat und dessen Streitkräfte aus. In der Vorstellung der „Russischen Welt“ sehen die ukrainischen Geistlichen eine ideologische Grundlage für den aktuellen Krieg. Diese sei von Patriarch Kirill persönlich während vieler Jahre gefördert worden.

Abschließend verkünden die Geistlichen ihre Treue zur Weltorthodoxie und ihren Wunsch, in voller Kommunion mit dieser zu stehen, und verurteilen jegliche Versuche, ihre Zugehörigkeit zu dieser einzugrenzen. Die Gesamtorthodoxie sollte Kirills Erklärungen und Handlungen aufmerksam und verantwortungsvoll verfolgen. Die Geistlichen rufen die Vorsteher der Lokalkirchen auf, den russischen Krieg gegen die Ukraine klar zu verurteilen, den russischen Präsidenten aufzurufen, den Krieg umgehend zu beenden und alle besetzten Gebiete der Ukraine zurückzugeben. Zudem sollten sie Kirills öffentliche Äußerungen über den Krieg und die Doktrin der „Russischen Welt“ vor dem Hintergrund der Kirchenlehre untersuchen und beurteilen.

Am 7. April verabschiedete auch das Europäische Parlament [eine Resolution](#) über die „wachsende Repression in Russland, inklusive dem Fall von Alexej Navalnyj“. Darin wird auch die Rolle von Patriarch Kirill als Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK)

verurteilt, der den „theologischen Deckmantel für Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine“ geliefert habe. Zudem lobt die Resolution den Mut der [russischen Priester, die einem Brief den Krieg verurteilt](#) und zu seiner Beendigung aufgerufen haben.

Auch Laien der UOK fordern [eine Distanzierung vom Moskauer Patriarchat](#). So rufen rund 240 Gläubige Metropolit Onufrij (Berezovskij), das Oberhaupt der UOK, und deren ganzen Episkopat auf, Kirill nicht mehr zu kommenerieren und ihn und alle Unterstützer der russischen Invasion mit dem Kirchenbann zu belegen. Sie bitten ihn, sich für die Lehre der Kirche einzusetzen und die UOK vor der „politisierten Orthodoxie“ des Moskauer Patriarchats – der „Russischen Welt“ – zu schützen. Dazu solle der HI. Synod der UOK die [Deklaration orthodoxer Theologen zur „Russischen Welt“](#) gutheißen. Zudem soll er Beratungen mit den Lokalkirchen aufnehmen, um ein Panorthodoxes Konzil einzuberufen und die Häresie zu verurteilen. Außerdem fordern die Laien einen Dialog mit der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU), um die Spaltung zwischen den orthodoxen Gläubigen und Bürgern der Ukraine zu überwinden. Für diese schwierige Aufgabe könne der ukrainische Präsident als Vorbild dienen, der sich zum Wohl des Landes um einen Friedensdialog mit der ganzen Welt und sogar dem Feind bemühe. Außerdem fordern die Unterzeichner:innen des Appells, dass Metropolit Onufrij den Abbruch der eucharistischen Gemeinschaft der ROK mit dem Ökumenischen Patriarchat verurteilen soll. (NÖK)

Vatikan: Papst will eher nach Moskau als nach Kiew reisen

05. Mai 2022.

Papst Franziskus ist bereit nach Moskau zu reisen, um den russischen Präsidenten Vladimir Putin zu treffen und ihn zu drängen, den Krieg gegen die Ukraine zu beenden. Das erklärte das Kirchenoberhaupt in einem [Interview mit der italienischen Tageszeitung Corriere della Sera](#) am 3. Mai, aber bisher habe man keine Antwort aus Moskau erhalten. Der Vatikan frage weiter nach, „aber ich fürchte, dass Putin diese Begegnung im Moment weder machen kann noch will“, so der Papst. Dagegen hatte er trotz Einladungen aus der Ukraine einer Reise nach Kiew vorerst eine Absage erteilt.

Seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine am 24. Februar hat Papst Franziskus mehrmals seine Bereitschaft bekundet, zwischen Kiew und Moskau zu vermitteln. Im Interview mit dem *Corriere della Sera* erinnerte er daran, dass er direkt am [ersten Kriegstag](#) mit dem ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelenskyj telefoniert habe. Putin habe er dagegen nicht angerufen, zum letzten Mal habe er im Dezember 2021 mit dem russischen Präsidenten gesprochen. Stattdessen habe er „eine klare Geste“ setzen wollen, „die die ganze Welt sehen kann, und deshalb bin ich zum russischen Botschafter“ gegangen.

Von ukrainischer Seite ist Papst Franziskus sowohl von Präsident Zelenskyj und dem Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko als auch von der katholischen Kirche des Landes zu [einem Besuch des kriegsversehrten Landes](#) eingeladen worden. Für die nächste Zukunft schloss der Papst eine Reise in die Ukraine jedoch aus. In einem Interview mit der argentinischen Tageszeitung *La Nacion* Ende April erklärte er, er könne nichts tun, das „übergeordnete Ziele gefährdet“, namentlich das „Ende des Kriegs, einen Waffenstillstand oder wenigstens einen humanitären Korridor“. Wenn der Krieg am nächsten Tag weitergehe, nütze ein Besuch des Papstes nicht, fügte er an. Zugleich verwies er auf die Arbeit des Vatikans im Hintergrund, der „Vatikan ruht nie“. Diese Einstellung bekräftigte der Papst im Interview mit dem *Corriere della Sera*: „Ich fühle, dass ich nicht dahin [nach Kiew] gehen sollte. Noch nicht. Zuerst muss ich nach Moskau reisen. Ich will zunächst

Putin treffen. Aber am Ende bin ich nur ein Priester, was kann ich eventuell erreichen? Ich werde tun, was ich kann.“

Im Interview mit *La Nacion* teilte Papst Franziskus auch mit, das ursprünglich für [Juni geplante Treffen](#) mit dem russischen Patriarchen Kirill zu verschieben. Papst Franziskus bedauerte den Entscheid, aber die vatikanische Diplomatie sei der Meinung, dass „ein Treffen zwischen uns zu diesem Zeitpunkt viel Verwirrung stiften könnte“. Aus seiner Sicht sei aber Verständigung besser als Konfrontation, er fördere zudem seit jeher den interreligiösen Dialog. Seine Beziehung zu Patriarch Kirill bezeichnete er als „sehr gut“.

Einen anderen Ton schlug der Papst nun im Interview mit dem *Corriere della Sera* an, als er sein [Videogespräch mit Patriarch Kirill](#) vom 16. März kommentierte. 40 Minuten habe er mit dem Patriarchen gesprochen. Dieser habe die ersten 20 Minuten mit einem vorbereiteten Papier Rechtfertigungen für den russischen Einmarsch vorgetragen. „Ich habe ihm zugehört und dann gesagt: ‚Ich habe nichts davon verstanden. Mein Bruder, wir sind keine Staatskleriker. Wir dürfen nicht die Sprache der Politik sprechen, sondern die Sprache Jesu‘“, so Franziskus. Sie seien schließlich beide „Hirten des Gottesvolkes“. Deshalb müssten sie nach Wegen zum Frieden suchen und einen Waffenstillstand anstreben. An Kirill gerichtet, fügte der Papst hinzu: „Der Patriarch kann sich nicht zum Messdiener Putins machen.“

Die [Öffentlichkeitsabteilung des Moskauer Patriarchats](#) reagierte umgehend auf diese päpstliche Kritik und erklärte, es sei „bedauerlich, dass Papst Franziskus anderthalb Monate nach seinem Gespräch mit Patriarch Kirill einen unangemessenen Ton wählte, um den Inhalt dieses Gesprächs widerzugeben. Solche Äußerungen dürften kaum zu einem konstruktiven Dialog zwischen der römisch-katholischen Kirche und der Russischen Orthodoxen Kirche beitragen, der gerade in diesen Zeiten notwendig ist.“ Zudem fasste die Öffentlichkeitsabteilung die Äußerungen Kirills vom Videogespräch vom 16. März zusammen, bei dem der Patriarch an die für Russland bedrohliche Osterweiterung der NATO erinnert habe.

Zumindest in diesem Punkt scheint der Patriarch beim Papst auf ein gewisses Verständnis zu stoßen, so suchte das katholische Kirchenoberhaupt im Gespräch mit dem *Corriere della Sera* nach Gründen, die Putins Entscheidungen beeinflusst haben könnten. So könnte „das Gebell der NATO vor Russlands Tür“ Putin zur Invasion in die Ukraine gezwungen haben. (NÖK)

Ukraine: Ukrainische Orthodoxe Kirche klagt über Einschränkungen

19. Mai 2022.

Der Hl. Synod der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) hat über die aktuelle Situation der Kirche im Krieg und deren Zukunftsperspektiven beraten. Das Leitungsgremium der UOK, die dem Moskauer Patriarchat untersteht, erklärte sich offen für eine umfassende „Diskussion jeglicher Fragen des kirchlichen Lebens“. In naher Zukunft solle [eine Versammlung stattfinden](#), an der Bischöfe, Geistliche, Mönche, Nonnen und Laien der UOK über die vom Krieg hervorgerufenen Probleme sprechen können. Allerdings wies der Hl. Synod darauf hin, dass die Diskussionen die „kirchliche Ordnung nicht verletzen“, nicht „über die Grenzen des kanonischen Felds ausgehen“ und zu neuen Spaltungen in der Kirche führen dürften.

Der Hl. Synod wiederholte, dass die UOK den Schmerz und das Leid des ukrainischen Volkes angesichts der Aggression der Russischen Föderation teile, und die Kirche den

ukrainischen Staat und die Verteidiger unterstütze. Besorgt zeigten sich die Bischöfe jedoch über die „häufigen Fälle des Schürens von religiöser Feindschaft“ in der Ukraine. Als Beispiel nannten sie die [Gesetzesvorschläge zum Verbot des Moskauer Patriarchats](#) in der Ukraine, die im ukrainischen Parlament eingebracht worden waren. Zudem hätten lokale Behörden an verschiedenen Orten die Aktivitäten der UOK eingeschränkt oder verboten. Dies führten die Bischöfe auf die „fehlerhafte Religionspolitik“ unter dem früheren ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und die „zerstörerische Ideologie“ der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) zurück. Vor diesem Hintergrund bat der Hl. Synod den ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelenskyj, in „diese schwierige Situation“ einzugreifen, die „religiöse Feindschaft in der ukrainischen Gesellschaft“ zu stoppen und Maßnahmen gegen „illegale Handlungen gegen die UOK“ zu ergreifen. Mit einer ähnlichen Bitte wandte sich die UOK außerdem an die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine und den Bevollmächtigten der Rada für Menschenrechte, um diese Fälle zu untersuchen und die religiösen Rechte der Gläubigen der UOK zu schützen.

Kritik rief insbesondere das [Statement des Hl. Synods](#) hervor, in dem der Krieg zumindest teilweise auch auf das Vorgehen der früheren Regierung gegen die UOK zurückgeführt wird. Die Bischöfe sind überzeugt, dass gerade diese Handlungen „eine der Ursachen des kriegerischen Einmarsches in die Ukraine“ seien. [Sergej Chapnin, der ehemalige Hauptredakteur des Journals des Moskauer Patriarchats, kritisierte](#) die Erklärung, da die Mitverantwortlichen für den Krieg nicht namentlich genannt würden. So erwähnten die Bischöfe weder den russischen Präsidenten Vladimir Putin noch den russischen Patriarchen Kirill, sondern sprächen lediglich schwammig von der „Russischen Föderation“. Die inneren Feinde wie Poroschenko, die OKU oder einige Abgeordnete würden hingegen viel klarer benannt. Da es im Statement nur heißt, die Ukraine werde „standhalten und ihre Staatlichkeit bewahren“, mutmaßt Chapnin, dass die Bischöfe einen Teil des ukrainischen Territoriums bereits als verloren betrachten. Der angekündigten Versammlung von Geistlichen und Laien unterstellte er, nur zum „Dampf ablassen“ zu dienen. Unklar sei, ob Entscheidungen getroffen werden sollten oder nur ein Austausch stattfinden solle. Die Ermahnung der Bischöfe, dass die Diskussion das „kanonische Feld“ nicht verlassen dürfe, blockiert laut Chapnin zwei „grundlegende Themen“: ein Gericht über Patriarch Kirill und das Verlassen der Jurisdiktion des Moskauer Patriarchats. Damit hätten die ukrainischen Metropoliten „noch einmal völlig eindeutig erklärt: wir sind mit Moskau und Patriarch Kirill“. Der [Staatliche Dienst für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit der Ukraine warnte den Hl. Synod der UOK](#) davor, dass sein Statement als Schüren von religiösem Hass beurteilt werden könne, weil er die Poroschenko-Regierung und die OKU beschuldigt, zum Krieg beigetragen zu haben.

Auf die UOK-Erklärung reagierte auch der [Hl. Synod der OKU](#) mit Ablehnung. Er rief die Leiter der UOK auf, den „Moskauer Wahn und die lethargische Entspannung“ abzuschütteln und das reale Leben der Kirche und der Gesellschaft sowie ihre Bedürfnisse und Tendenzen zu erkennen. Wieder und wieder „rufen wir euch zur Einheit auf, zur gemeinsamen Schaffung einer autokephalen Lokalkirche, wie es von den Kanones und dem Tomos über die Autokephalie bestimmt ist“. Die OKU versicherte zudem, die Gemeinden der UOK, die sich ihr anschließen, könnten ihre Traditionen beibehalten und frei die Sprache für den Gottesdienst wählen.

In Wolhynien wurde außerdem eine [Kampagne zur Vereinigung lanciert](#). Initiiert vom aus Wolhynien stammenden Rada-Abgeordneten Igor Guz, soll sie es Gemeinden der UOK erleichtern, sich der OKU anzuschließen. Das Ziel sei, den Prozess der Übertritte zu „unterstützen, aktivieren und beschleunigen“. Auf der [Website](#) und [Facebook-Seite](#) der Kampagne finden sich eine Schritt-für-Schritt-Anleitung zum Übertritt von Gemeinden, nützliche Adressen und juristische Erklärungen. Zudem gibt es eine Hotline, die Fragen beantwortet und berät. (NÖK)

Ukraine: Konzil der Ukrainischen Orthodoxen Kirche erklärt „volle Unabhängigkeit“

03. Juni 2022.

An einem Konzil hat die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK) Änderungen und Ergänzungen an ihrem Statut vorgenommen, „welche die volle Unabhängigkeit und Autonomie der UOK bezeugen“. Die geänderten Statuten sind noch nicht veröffentlicht worden. Die [Erklärung des Konzils vom 27. Mai](#) vermeidet das Wort „Autokephalie“ und lässt Interpretationsspielraum bei der Deutung der Formulierungen. Deutlich ist jedoch eine klare Distanzierung zum Moskauer Patriarchat: „Wir stimmen nicht mit der Position des Patriarchen Kirill von Moskau und der ganzen Rus zum Krieg in der Ukraine überein“, heißt es im dritten Punkt der Erklärung.

Ursprünglich war am 27. Mai lediglich eine beratende Kirchenversammlung zum zukünftigen Status der UOK geplant, wofür sich der [HI. Synod an seiner Sitzung am 12. Mai](#) ausgesprochen hatte. Aufgrund zahlreicher Voten in diese Richtung entwickelte sich die Versammlung jedoch zu einem Landeskonzil. Begonnen hatte die Versammlung [mit einer Ansprache](#) von Metropolit Onufrij (Berezovskij), dem Oberhaupt der UOK, in der dieser die aktuelle Lage der Kirche beschrieb. Er betonte, dass die UOK die militärische Aggression Russlands seit dem Beginn der Invasion verurteilt habe und immer wieder dazu aufgerufen habe, das Blutvergießen zu beenden. Es seien bereits mehr als 80 Gotteshäuser der UOK zerstört worden. Onufrij sprach auch über das humanitäre Engagement der Kirche, die Vertriebene in Kirchen und Klöstern untergebracht habe und Tausende Menschen mit Nahrungsmitteln versorge. Dennoch habe die „religiöse Feindseligkeit“ gegenüber der UOK in der ukrainischen Gesellschaft zugenommen. Metropolit Onufrij erinnerte dabei an eine [Gesetzesinitiative zu einem Verbot der UOK](#) von Ende März und lokale Einschränkungen kirchlicher Aktivitäten.

In der Erklärung des Konzils wird im ersten Punkt „der Krieg als Übertretung des Gebotes Gottes ‚Du sollst nicht töten!‘ (Ex 20,13) verurteilt“. Das Konzil appelliert „an die Behörden der Ukraine und der Russischen Föderation, den Verhandlungsprozess fortzusetzen“. Der sechste Punkt der Erklärung zur möglichen Wiederherstellung der Myron-Weihe in der UOK deutet ebenfalls auf eine Abkoppelung vom Moskauer Patriarchat hin, da die Myron-Weihe ein Privileg autokephaler Kirchen ist. In ähnliche Richtung verweist der achte Punkt der Erklärung, der den Aufbau eigener kirchlicher Strukturen im Ausland, unabhängig von denjenigen der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) ankündigt: „Es ist notwendig, die Auslandsmission unter den orthodoxen Ukrainern weiterzuentwickeln, um ihren Glauben, ihre Kultur, ihre Sprache und ihre orthodoxe Identität zu bewahren.“

Mit Blick auf den „Mangel an Einheit in der ukrainischen Orthodoxie“ bringt das Konzil sein „tiefes Bedauern“ darüber zum Ausdruck. Zugleich kritisierte es die Gründung der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) 2018 deutlich und formulierte Bedingungen für einen Dialog: „Die Beschlagnahmung von Kirchen und die erzwungene Übertragung von Gemeinden der UOK“ sei zu stoppen und „die Frage der Kanonizität der OKU-Hierarchie zu lösen, denn für die UOK, wie für die meisten orthodoxen Ortskirchen, ist es ziemlich offensichtlich, dass es zur Anerkennung der Kanonizität der OKU-Hierarchie notwendig ist, die Apostolische Sukzession ihrer Bischöfe wiederherzustellen“.

Die OKU reagierte am 31. Mai auf die Erklärung des Konzils der UOK. Einerseits begrüßte und unterstützte [der HI. Synod der OKU](#) „alle Bemühungen, die auf eine endgültige Aufhebung von der Unterordnung der Kirche in der Ukraine unter das Moskauer Patriarchat zielen.“ Mit Blick auf die öffentlich zugänglichen Dokumente betonte der HI. Synod aber auch, dass es keineswegs sicher sei, dass die UOK nicht weiterhin ein „integraler Teil“ der ROK sei. Enttäuscht waren die Bischöfe der OKU zudem darüber,

dass das Konzil der UOK die russische Aggression und die Position von Patriarch Kirill nicht deutlicher verurteilt habe. (NÖK)

Unterschiedliche Reaktionen auf neues Statut der Ukrainischen Orthodoxen Kirche

16. Juni 2022.

Der [Hl. Synod der Russischen Orthodoxen Kirche](#) (ROK) hat sich an seiner Sitzung am 7. Juni zur „Entwicklung der Situation nach dem [Konzil der Ukrainischen Orthodoxen Kirche](#)“ (UOK) geäußert, ohne konkret auf die Anpassungen im Statut der UOK einzugehen. So hat er „mit Bedauern“ einen „anhaltenden Druck“ auf die Geistlichen und Gläubigen der UOK durch staatliche Organe und „extremistische Teile der ukrainischen Gesellschaft“ festgestellt und unterstützt diejenigen Geistlichen und Gläubigen, die sich um die Bewahrung der Ordnung und der kanonischen Norm des Kommemorierens des russischen Patriarchen Kirill bemühen. Er erinnert außerdem daran, dass eine Veränderung des Statuts nur nach den entsprechenden kanonischen Verfahren möglich sei, zu denen ein Konzil der ROK gehöre.

[Metropolit Ilarion](#) (Alfejev), damals noch Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, warnte in seiner Fernsehsendung „Kirche und Welt“ vom 4./5. Juni vor überstürzten, scharfen Reaktionen. Die UOK habe lediglich zum wiederholten Mal ihren Status, den sie 1990 von der ROK erhalten habe, bestätigt. Am Konzil habe sie noch einmal lautstark ihre Autonomie verkündet und entsprechende Korrekturen in ihrem Statut angebracht. Einen äußeren Einfluss auf das Vorgehen der UOK schloss Ilarion aus.

Der ukrainische [Theologe Cyril Hovorun sprach von einer „technischen, nicht vollwertigen Autokephalie“](#). Im Statut finden sich kleinere Änderungen, die Verbindung zur ROK wird nicht mehr erwähnt, aber die Autokephalie wird darin nicht verkündet. So ist bei der Wahl des Metropoliten von Kiew der Zusatz weggefallen, dass sie den Segen des Moskauer Patriarchen braucht. Früher stellte zudem die ROK die Beziehung der UOK zu den anderen orthodoxen Lokalkirchen her, dieser Punkt ist nun ganz aus dem Statut verschwunden. Im neuen Statut bleibe so die Möglichkeit offen, die Änderungen rückgängig zu machen, sollten sich die Umstände ändern, [schrieb Hovorun auf Facebook](#). Die veränderten Normen des Statuts würden die Abhängigkeit von Moskau nicht bestätigen, aber auch nicht explizit verneinen. Zwar erlaubten die Normen „neue Praktiken der Unabhängigkeit“, es sei aber auch leicht, zur Abhängigkeit von der ROK zurückzukehren. Dazu wären laut Hovorun nicht einmal weitere konziliare Entscheidungen nötig, und genau darauf werde Moskau hinarbeiten, um die Bedeutung des Konzils der UOK vom 27. Mai zu nivellieren. Archimandrit Cyril, der schon lange an ausländischen Universitäten lehrt, hat am 13. Juni in einem Interview erklärt, das Moskauer Patriarchat verlassen und [sich dem Patriarchat von Konstantinopel anschließen zu wollen](#).

Innerhalb der UOK gibt es Widerstand gegen das neue Statut. So hat die [Eparchie Luhansk](#) erklärt, Metropolit Onufrij (Berezovskij), das Oberhaupt der UOK, bei Gottesdiensten in allen Kirchen und Klöstern der Eparchie nicht mehr zu commemorieren, weil sie nicht mit den Änderungen am Statut einverstanden ist. Auch die [Eparchie Rovenky](#) hat entschieden, Onufrij nicht mehr zu commemorieren und in der Obhut des Moskauer Patriarchats zu bleiben. [Metropolit Luka \(Kovalenko\) von Zaporizhzhja](#) kritisierte ebenfalls die Entscheidungen des Konzils und bezeichnete den bisherigen Status der UOK als autonome Kirche innerhalb der ROK als „am akzeptabelsten“. Gleich nach dem Konzil verkündete zudem die [Eparchie Donezk](#), dass ihr kirchliches Leben sich nicht ändern werde. Sie berief sich damit auf eine Resolution des Konzils, dass unter den

Bedingungen des Kriegsrechts die Diözösanbischöfe über Fragen des Kirchenlebens entscheiden könnten, die sonst in die Kompetenz des Hl. Synods oder Oberhauptes der UOK fallen würden.

Von dieser Resolution machten auch die [drei Eparchien der Krim](#) Gebrauch und baten den Hl. Synod der ROK darum, dass ihre Eparchien direkt dem Moskauer Patriarchen und dem Hl. Synod unterstellt würden. Mit Hinweis auf die „praktische Unmöglichkeit“ für diese Eparchien, in regelmäßigem Kontakt zur Metropolie von Kiew zu stehen, ging der Hl. Synod auf diese Bitte ein. Zugleich fasste er die drei Eparchien Feodossija, Simferopol und Dzhankoj zur Metropolie Krim zusammen und machte Metropolit Lazar (Schvets) von Simferopol zu ihrem Vorsteher. (NÖK)

Ukraine: Gemeinsame Deklaration von Geistlichen der OKU und UOK

14. Juli 2022.

Geistliche der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) und der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) haben sich zu einem informellen Gespräch in der Kyjiwer Sophienkathedrale getroffen. Das Treffen fand am 5. Juli auf [Initiative der Geistlichen](#) und mit Unterstützung des Ministeriums für Kultur und Informationspolitik der Ukraine statt. Nach dem Treffen veröffentlichten die Teilnehmer eine Deklaration, in der sie in erster Linie ihren Willen zur Einheit ausdrückten. Zudem riefen sie ihre Hierarchen auf, einen offiziellen Dialog zwischen den beiden Kirchen aufzunehmen, und zwar vor dem Tag der Taufe der Rus' am 28. Juli, der letztes Jahr zum Tag der ukrainischen Staatlichkeit erklärt worden war. Am Treffen nahmen elf Geistliche der OKU und zehn Geistliche der UOK teil.

In der [Deklaration](#) bezeichneten die Teilnehmer die Einheit der ukrainischen Orthodoxie als „Voraussetzung für die Einheit des Volks und als Garantie für die Stabilität des Staats“ sowie als „allgemeinen Wunsch der ukrainischen Gesellschaft“. Zudem erklärten sie ihre gemeinsame Haltung gegenüber dem russischen Angriffskrieg und der „zerstörerischen Position des Moskauer Patriarchats“, das sich „in einen ‚Diener‘ des Putin-Regimes verwandelt hat“. In ihrer Kommunikation untereinander und in der Öffentlichkeit wollen die Kirchenvertreter künftig auf „Aggression, Stereotypen, Vorurteile und Sprache der Ultimaten und Feindschaft“ verzichten. Für notwendig erachten sie Aufklärungsarbeit vor Ort, um interkirchliche und -konfessionelle Konflikte zu bewältigen und zu verhindern, sowie die Loslösung von engen Eigeninteressen im innerorthodoxen Dialog. Im Bewusstsein kommender Herausforderungen zeigten sich die Geistlichen überzeugt, dass keine ein Hindernis sein werde, das „nicht durch Verhandlungen im Geist christlicher Liebe überwunden werden kann“.

[Gefördert wurde das Treffen](#) vom Ministerium für Kultur und Informationspolitik der Ukraine, Kulturminister Alexander Tkatschenko war anwesend. Die Leiterin des Staatsdienstes für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit, Jelena Bohdan, moderierte das Gespräch. Aus der OKU waren nach der Diskussion positive Stimmen zu hören. Erzpriester Georgiy Kovalenko, der Rektor der Offenen Orthodoxen Hl. Sofia-Universität, erklärte, für ihn sei die Zusammenkunft eine Fortsetzung eines Treffens 2018 im Vorfeld der Gründung der OKU gewesen, an dem sich die damaligen Teilnehmer für „Koexistenz, Zusammenarbeit und gemeinsamen Dienst“ ausgesprochen hätten. Vielleicht sei nun die Zeit gekommen, diese Vision umzusetzen. Erzpriester Andriy Dudchenko, der ebenfalls am Treffen anwesend war, sagte, es sei klar geworden, dass es viel mehr Gemeinsames als Trennendes gebe.

Aus der [Informationsabteilung der UOK](#) hieß es, an dem Treffen hätten keine offiziellen Vertreter seitens der Kirche teilgenommen. Niemand habe die anwesenden Geistlichen delegiert, die Veranstaltung sei vom Kulturministerium organisiert worden. Begünstigt wurde das Treffen vom [Konzil der UOK am 27. Mai](#), an diese ihre vollständige Unabhängigkeit vom Moskauer Patriarchat erklärt und die Wiederherstellung eines interkonfessionellen Dialogs beschlossen hatte. [Jelena Bohdan bestätigte](#), dass entsprechend dem angepassten Statut, das die UOK bei ihrer Behörde zur Registrierung eingereicht habe, diese nun völlig von der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) unabhängig sei. In einem offiziellen Brief habe Metropolit Onufrij (Berezovskij) von Kyjiw, das Oberhaupt der UOK, deutlich gemacht, dass seine Kirche nicht mehr den Entscheidungen des Bischofskonzils der ROK unterstehe. Onufrij selbst hat aufgehört, den russischen Patriarchen Kirill als seinen Vorsteher zu kommenerieren (er kommeneriert ihn nun als gleichrangigen Hierarchen), es aber den [Gemeinden seiner Eparchie erlaubt](#), Kirill weiterhin zu kommenerieren.

Die ROK hält jedoch daran fest, dass ihr die UOK unterstehe. In einem Interview mit der russischen Nachrichtenagentur Tass bedauerte [Metropolit Leonid \(Gorbatschow\) von Klin](#), der Patriarchalexarch für Afrika, zwar den Druck, dem die UOK in der Ukraine ausgesetzt sei. Doch der HI. Synod der ROK habe „klar und deutlich erklärt, dass keine solchen Erklärungen einer ‚vollständigen Unabhängigkeit‘ akzeptabel sein können“. Wenn die UOK etwas ändern wolle, dann müsse sie beim Patriarchen und dem HI. Synod eine entsprechende Bitte einreichen. Zugleich hält die ROK die Kirche noch immer für ein [wichtiges verbindendes Element zwischen der Ukraine und Russland](#). Die „tiefen kulturellen Verbindungen“ seien sehr schwer zu zerreißen, erklärte Vladimir Legojda, der Leiter der Synodalabteilung für die Zusammenarbeit der Kirche mit der Gesellschaft und den Medien. Überhaupt „müssen wir auch weiterhin nebeneinander leben“, und er sehe keine anderen Grundlagen für eine Rückkehr zu normalen Beziehungen als die religiösen. Auf die Spaltungen der letzten Monate aufgrund des russischen Angriffskriegs in der Ukraine angesprochen, bemerkte Legojda, dass alle Fragen des religiösen Lebens „nicht entsprechend der politischen, sondern entsprechend der kirchlichen, kanonischen Logik“ gelöst werden müssten. (NÖK)

Russland: Anklagen und Strafen wegen „Diskreditierung der Streitkräfte“

26. August 2022.

Gegen den Abgeordneten des Moskauer Gemeindeparlaments Konstantin Jankauskas ist ein [Verfahren wegen Diskreditierung der Armee eröffnet](#) worden. Grund für die Anklage ist ein Post in den sozialen Medien vom 14. März, in dem Jankauskas ein Gebet für Frieden und ein Ende des Kriegs in der Ukraine von Papst Franziskus zitiert. Er habe die Worte „für jeden Gläubigen, ja auch einfach für jeden Menschen so einfach und klar“ gefunden, dass er die Rede als Ganzes zitiert habe, erklärte Jankauskas. Wie ein Gebet für Frieden und Leben „irgendjemanden diskreditieren kann“, sei ihm nicht klar. Das sei „absurd“ und ein „Versuch, weiß schwarz zu nennen“.

In seinem Post zitierte Jankauskas die Worte von [Papst Franziskus vom 13. März](#), als dieser angesichts der heftigen Kämpfe um Mariupol dazu aufrief, die „inakzeptable bewaffnete Aggression“ zu beenden, bevor sie „Städte in Friedhöfe verwandelt“. Die Gerichtsverhandlung ist auf den 26. August im Bezirksgericht von Zjuzino, einem Moskauer Verwaltungsbezirk, angesetzt. Bis Ende Juli hat die russische Polizei über 3300 Untersuchungen wegen der „Diskreditierung“ der Armee eingeleitet. Dies ist in Russland seit dem 4. März strafbar.

Einer der Betroffenen ist auch der prominente Geistliche und Blogger Andrej Kurajev, bekannt für seine kritischen Äußerungen über die Kirchenleitung der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK). Ein Moskauer Bezirksgericht befand ihn der „Diskreditierung der russischen Streitkräfte“ für schuldig und [verurteilte ihn zu einer Buße](#) von 30'000 Rubeln. Die Straftat bestand auch in seinem Fall in einer Äußerung in den sozialen Medien, genauer in einer Publikation in seinem *LiveJournal*-Blog im April 2022. Am 23. August habe die dritte und letzte Verhandlung stattgefunden, alle Anträge seines Anwalts seien abgelehnt worden. Er sei gegen Extremismus, aber werde aufgrund von Extremismus bestraft, erklärte Kurajev gegenüber der russischen Nachrichtenagentur *Ria Novosti*.

Kurajev ist einer der [bekanntesten orthodoxen Publizisten in Russland](#). Sein Blog auf *LiveJournal* ist einer der meistgelesenen in Russland, und Kurajev war in der Vergangenheit ein beliebter Interviewpartner bei den liberalen Medien. Oft übte er dabei Kritik an der ROK und ihrer Leitung und vertrat abweichende Positionen. Im Mai 2020 hatte Patriarch Kirill dem Erzdiakon vorübergehend verboten, Gottesdienste zu feiern. Im Dezember 2020 hatte das Eparchialgericht Moskau ihm die Priesterwürde aberkannt, ein Urteil, das [Patriarch Kirill zwar bestätigte, aber aussetzte](#), um Kurajev Zeit zu geben, sich eines Besseren zu besinnen. Im März 2021 lehnte das Eparchialgericht es ab, das Verfahren zu wiederholen. Kirill bestätigte die Entscheidung wiederum, setzte sie aber erneut aus. Schon Ende 2013 [hatte Kurajev seine Professorenstelle](#) an der Geistlichen Akademie in Moskau verloren und wurde aus der Theologischen Synodalkommission ausgeschlossen, auch sein Lehrauftrag an der Moskauer Staatlichen Universität wurde nicht verlängert. Kurajev ist nicht der erste Geistliche, auf den das neue Zensurgesetz angewandt wird. Bereits im März 2022 wurde der [Priester Ioann Burdin als einer der ersten](#) auf der Grundlage des Diskreditierungsgesetzes zu einer Geldstrafe verurteilt. (NÖK)

Deutschland: ÖRK-Erklärung verurteilt russische Invasion, vermeidet aber Kritik an der ROK

08. September 2022.

Die Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) hat den Krieg in der Ukraine als „russische Invasion“ benannt und als „illegal und nicht zu rechtfertigend“ verurteilt. Die religiöse Legitimierung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine durch ranghohe Vertreter der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK), darunter Patriarch Kirill, findet in der Erklärung des ÖRK zum „Krieg in der Ukraine, Frieden und Gerechtigkeit in der Region Europa“ jedoch keine Erwähnung.

In [seiner Erklärung](#) ruft der ÖRK alle Konfliktparteien zur Einhaltung des humanitären Völkerrechts auf und appelliert zu „Dialog und Verhandlungen, um einen nachhaltigen Frieden“ zu erreichen. Den „Missbrauch von religiöser Sprache und Autorität, um bewaffnete Aggression und Hass zu rechtfertigen“, lehnt der ÖRK ab. Die Erklärung verweist auf die schon [im Juni vom Zentralkomitee](#) festgehaltene „wesentliche Rolle“ des ÖRK bei der Begleitung der Mitgliederkirchen in der Region und als „Plattform und sicherer Raum für Begegnung und Dialog“. Die Anwesenheit von Kirchenvertretern aus der Ukraine und Russland sowie Delegierten und Teilnehmenden aus Europa und der ganzen Welt an der Vollversammlung habe „als praktische Gelegenheit für diese Begegnung und einen ergebnisorientierten Dialog für den Wandel“ gedient. Schließlich fordert die Erklärung die Christ:innen und die Leitung der Kirchen in Russland und der Ukraine auf, sich gegen den Krieg auszusprechen.

Die endgültige Version der Erklärung weicht nur in wenigen Details von dem am 7. September [vorgestellten Entwurf](#) ab, der zu intensiven Debatten an der Vollversammlung geführt hatte. So wurden die Vertreter aus der Ukraine und Russland zu „Vertretern aus der Ukraine und der multinationalen Delegation der Russisch-Orthodoxen Kirche“. Bei der Passage, dass das Zusammentreffen an der Vollversammlung „als praktische Gelegenheit für diese Begegnung“ gedient habe, wurde der zweite Satzteil „und einen ergebnisorientierten Dialog für den Wandel“ gestrichen.

[Archimandrit Filaret Bulekov](#) von der ROK fand den Entwurf nach der Präsentation besser, als er erwartet hatte. Er habe gedacht, der Text würde „politisierter und aggressiver“ sein, aber die Kommission habe sich um Balance bemüht. Dennoch sei er ein „Beispiel für den Informationskrieg“, er „hebt etwas hervor und verdeckt andere Dinge“. Deshalb sprach er dem Dokument seine Wichtigkeit ab und stellte es auf eine Stufe mit Statements von McDonald’s und Starbucks. Zudem unterstellte er dem entworfenen Dokument, die russische Delegation beschuldigen zu wollen. Es enthalte „kein Wort über andere Parteien in diesem Prozess in der Ukraine“. Es sei wie die Rede des deutschen Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier, der darin seine „persönliche Verantwortung“ für die Ereignisse in der Ukraine verschwiegen habe. Außerdem vermisste Filaret die Aufforderung europäischer Kirchen an ihre Regierungen, alles für den Frieden zu tun.

Im Gegensatz zu Filaret, der ungehindert vier Minuten sprechen konnte, wurde zwei ukrainischen Stimmen wie vom Prozedere vorgesehen nur je eine Minute Redezeit gewährt. In seiner Wortmeldung drückte Roman Sigov von der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) seinen Schmerz darüber aus, dass im Entwurf Opfer und Aggressor gleich behandelt würden. Er hoffte, das Komitee würde die schriftlichen Kommentare der ukrainischen Beobachter berücksichtigen und somit die Stimme der Ukrainer:innen in der Diskussion über den Krieg gegen die Ukraine hörbar machen. Im Gegensatz dazu sei die ROK als ÖRK-Mitglied an der Erarbeitung des Dokuments beteiligt und stelle auch die größte Zahl an Vertretern an der Versammlung und im Zentralkomitee. Zugleich wisse er von mindestens 16 russischen Bischöfen, die den Krieg unterstützten, darunter Patriarch Kirill; das sei inakzeptabel.

[Olexandra Kovalenko, ebenfalls von der OKU](#), bat in ihrem Statement darum, die „offensichtliche Wahrheit nicht um der Diplomatie willen zu kompromittieren. Nennen Sie es einfach, was es ist – russische Aggression gegen die Ukraine. Wenn die Kirchen ihre Stimme nicht erheben, wenn Gewalt und Ungerechtigkeit geschehen, werden wir dann noch ‚Salz der Erde‘ sein? Sie rief die Delegierten der ROK auf, ihre blauen Karten – die offiziellen Delegierten stimmen mit blauen (dagegen) und orangen (dafür) Karten ab – zu heben, falls sie gegen den Krieg gegen die Ukraine seien. Niemand von der russischen Delegation hob seine Karte. Kovalenko selbst hob ihren Teilnehmer-Badge, da sie als Beobachterin keine Karten zum Abstimmen hatte.

Metropolit Antonij (Sevrjuk), Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats und Leiter der ROK-Delegation an der ÖRK-Vollversammlung, [zeigte sich „vorsichtig optimistisch“ zur Position des ÖRK](#). Er habe bei der Erarbeitung des Dokuments „ungeachtet des beispiellosen politischen Drucks“ auf „jegliche Anschuldigungen an die Adresse der ROK“ verzichtet und ihre „umfangreiche humanitäre Mission zugunsten der Flüchtlinge und Opfer des Konflikts“ gewürdigt. Doch die endgültige Version der Erklärung sei trotzdem hochgradig politisiert, nicht alle Änderungsvorschläge der ROK seien aufgenommen worden, darum könne sie das Dokument nicht unterstützen. Die an der Versammlung begonnene Diskussion könnte für den ÖRK jedoch ein Startpunkt für die „objektive und unvoreingenommene Erforschung der Gründe für den langjährigen Konflikt in der Ukraine“ sein, meinte Metropolit Antonij weiter. (NÖK)

Russland: Katholische Bischöfe und buddhistischer Lama äußern sich gegen den Krieg

07. Oktober 2022.

Anlässlich der Teilnobilisierung in Russland hat sich Erzbischof Paolo Pezzi im Namen der Bischofskonferenz der katholischen Bischöfe in Russland gegen den Krieg in der Ukraine ausgesprochen. Die „Konfrontation“ in der Ukraine habe sich zu einem umfassenden kriegerischen Konflikt ausgewachsen, der Tausende Menschenleben gekostet und das Vertrauen und die Einheit zwischen Ländern und Völkern zerrissen habe sowie die Existenz der ganzen Welt bedrohe. Krieg „war nie und wird nie ein Mittel zur Lösung von Problemen zwischen Nationen sein“, heißt es [in dem Statement](#), dies habe die katholische Kirche in Russland schon vor einem halben Jahr gesagt.

In ihrer Erklärung verweisen die katholischen Bischöfe Russlands zudem auf die Worte von Papst Franziskus [am Treffen der Weltreligionen](#) im September in Kasachstan. Der Papst hatte dazu aufgerufen, sich nicht an den Krieg zu gewöhnen und sich nicht „mit seiner Unausweichlichkeit abzufinden“. Der einzige Ausweg sei Frieden, und „der einzige Weg zu ihm ist Dialog“. Die vom russischen Präsidenten Vladimir Putin verkündete Teilnobilisierung stelle viele Gläubige vor eine „ernste moralische Wahl“. Unter bestimmten Umständen habe die Staatsmacht „nicht nur das Recht, sondern ist auch verpflichtet, Waffen einzusetzen und von den Bürgern die Erfüllung ihrer Pflichten zu verlangen, die zum Schutz des Vaterlands notwendig sind“. Und wer der Heimat im Kriegsdienst ehrlich diene, „dient dem Allgemeinwohl“. All das sei gerecht, heißt es in dem Statement weiter, wenn die Kriegshandlungen auf die schnellstmögliche Beendigung des Konflikts und die Vermeidung von mehr Opfern zielten. Die Teilnahme an Kampfhandlungen sei letztlich eine Gewissensfrage des Einzelnen. Allerdings verweisen die Bischöfe auf das verfassungsmäßige Recht, den Dienst an der Waffe aus Gewissensgründen zu verweigern und der Gesellschaft auf andere Weise zu dienen. Für die Priester und Mönche der katholischen Kirche hingegen sei die Teilnahme an Kampfhandlung absolut ausgeschlossen.

Eine wesentlich klarere Position bezog der [Oberste Lama der russischen Republik Kalmykien, Telo Tulku Rinpotsche](#) (Erdin Ombadykov). In einem [Interview mit einer russischen YouTube-Bloggerin](#) sagte er, er halte den Krieg für falsch, er nütze niemandem, zumal im 21. Jahrhundert alle friedlich und ruhig leben und alle Länder sich entwickeln wollten. Er denke, dass die „ukrainische Seite natürlich wirklich im Recht ist, sie verteidigt ihren Staat, ihr Land, ihre Wahrheit, ihre Verfassung, ihr Volk“. Es sei sehr schwierig zu sagen und zu akzeptieren, dass Russland Recht habe. Das „ist sehr schwierig zu sagen, und ich kann das nicht“, fügte er hinzu. Telo Tulku Rinpotsche erklärte, den Krieg in der Ukraine bisher nicht kommentiert zu haben, um die „Beziehungen zwischen der Staatsmacht und unseren Buddhisten nicht zu verderben“. Dabei glaube er nicht, dass die Anführer buddhistischer Gemeinschaften in Russland, die den Angriffskrieg unterstützten, tatsächlich so dächten, „wenn sie echte Buddhisten sind“. Lama Telo Tulku Rinpotsche befindet sich zurzeit in der Mongolei, wo er seit dem Kriegsbeginn ausgewanderte Kalmyken bei der Niederlassung unterstützt.

Die größte [Zentralorganisation der russischen Buddhisten](#), die Sangha Russlands, hat sich von den Äußerungen Telo Tulku Rinpotsches distanziert. Seine „Aussagen, die sich nicht nur gegen die laufende militärische Spezialoperation richten, sondern auch eine proukrainische Position einnehmen, haben nichts mit der Sangha Russlands zu tun“, heißt es in einer Erklärung auf der Website der Sangha. Telo Tulku Rinpotsche sei Bürger der USA, deshalb sei seine Meinung keine Überraschung, erklärte das Oberhaupt der Buddhisten Russlands, Pandito Hambo-Lama Damba Ajuschejev. Dieser hatte schon früher erklärt, die Verteidigung des Vaterlands sei für Buddhisten eine heilige Pflicht, deshalb nähmen viele Menschen aus Burjatien, Kalmykien und Tuva an der Spezialoperation teil. (NÖK)

Russland: Patriarch verspricht Soldaten Vergebung der Sünden

07. Oktober 2022.

Das Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) hat den Soldaten, die in der Ukraine umkommen, die Vergebung ihrer Sünden in Aussicht gestellt. Wenn jemand aus Pflichtgefühl und der „Notwendigkeit, einen Schwur zu erfüllen“, heraus „seiner Berufung treu bleibt und bei der Erfüllung der militärischen Pflicht stirbt“, so komme dies einem Opfer gleich, so Patriarch Kirill [bei seiner Predigt am 25. September](#). Deshalb glaube die ROK, dass „dieses Opfer alle Sünden abwäscht, die der Mensch begangen hat“.

Diese Aussage entwickelte der Patriarch aus Überlegungen, dass das Opfer – wie es Gott durch die Opferung seines Sohnes vollbracht habe – die „höchste Erscheinung der menschlichen Liebe gegenüber den Nächsten sowie der besten menschlichen Qualitäten“ sei. Mit Blick auf die Ukraine sprach Kirill von einer „brudermörderischen Schlacht“, ohne das Land beim Namen zu nennen. Er hoffe, dass diese nicht zu Verbitterung und Entfremdung führen werde und die „Brudervölker“ nicht von einer „undurchdringlichen Wand des Hasses“ getrennt würden. Er bete, dass der Krieg nicht den „einigen geistigen Raum der Heiligen Rus' zerstört“.

In verschiedenen Kirchen der ROK wird seit der Teilmobilmachung in Russland [für die Einberufenen und ihren Sieg im Krieg gebetet](#). Zugleich sammelt die ROK humanitäre Hilfe für Soldaten. Einrichtungen der ROK gehören auch zu den [Hauptbegünstigten einer Sonderausschreibung](#) des Präsidentenfonds für die Unterstützung von Sozialprojekten im Donbass und die „Hilfe für Mitbürger im Ausland“, bei der 2 Mia. Rubel an 493 NGOs verteilt wurden.

Am 30. September nahmen zudem Vertreter der ROK an der [Zeremonie anlässlich der Unterzeichnung der Abkommen über die Aufnahme von vier ukrainischen Gebieten](#) in die Russische Föderation teil: Der Geschäftsführer des Moskauer Patriarchats, Metropolit Dionisij (Porubaj), der Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, Metropolit Antonij (Sevrjuk), Metropolit Panteleimon (Povoroznjuk) von Luhansk sowie der Leiter der Synodalabteilung für die Beziehungen der Kirche mit der Gesellschaft und den Medien, Vladimir Legojda. Die beiden sog. Volksrepubliken Donezk und Luhansk, die schon 2014 mit russischer Unterstützung ausgerufen worden waren, sowie die Gebiete Zaporizhzhja und Cherson gehören damit aus russischer Sicht nun offiziell zu Russland, nachdem die Besatzer dort orchestrierte Scheinreferenden veranstaltet hatten. (NÖK)

Ukraine: Rat der Religionsgemeinschaften protestiert gegen Scheinreferenden

07. Oktober 2022.

Der Allukrainische Rat der Kirchen und Religionsgemeinschaften hat die Scheinreferenden in vier ukrainischen Gebieten als „willkürlichen Akt“ des Besatzers und „illegalen und gewaltsamen Versuch, einen Teil des Territoriums der Ukraine zu annektieren“, kritisiert. In den zum Teil von Russland kontrollierten Regionen Donezk, Luhansk, Zaporizhzhja und Cherson hatten am 23. September „Referenden“ über deren Beitritt zu Russland begonnen, die jedoch international nicht anerkannt werden.

Die Durchführung der „Pseudoreferenden“ in den besetzten Gebieten „unter vorgehaltener Waffe“ und den Umständen einer kriegerischen Besetzung, bei denen „jegliche persönliche Freiheit und Achtung der Würde von Menschenleben fehlen“, sei eine „Verhöhnung der Demokratie und Diskreditierung legitimer staatlicher Institutionen“, so der Allukrainische Rat in seiner [Erklärung vom 23. September](#). Denn eine „echte Willensäußerung“ sei in dieser Situation unmöglich. Dieses Vorgehen sei zudem eine „willkürliche Missachtung“ völkerrechtlicher Normen, heißt es weiter. Der russische Krieg gegen die Ukraine verfolge das Ziel, entgegen dem internationalen Recht einen Teil des ukrainischen Territoriums an sich zu reißen und den ukrainischen Staat zu zerstören. Weiter rief der Rat „alle Staaten der Welt“ auf, die Scheinreferenden nicht anzuerkennen. Die ukrainischen Bürgerinnen und Bürger in den besetzten Gebieten rief er auf, nicht an den Referenden teilzunehmen. Die russische Regierung forderte er auf, von ihrer „verbrecherischen Absicht zur Annexion“ abzusehen.

Die [US-Bischöfe der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche verurteilten](#) die Scheinreferenden ebenfalls. In ihrem Statement verurteilten sie „diese Eskalation und Kodifizierung der brutalen russischen Aggression aus ganzem Herzen und bedingungslos“. Der „russische imperialistische Kolonialismus“ versklave die Bevölkerung sowie deren Kirchen und Religionsgemeinschaften. Vor 31 Jahren hätten über 90 Prozent der Ukrainer:innen entschieden, keine kolonialen Sklaven Russlands zu sein, heißt es in dem Statement weiter. Die Bischöfe sehen die Zukunft aller Glaubensgemeinschaften, die sich für Wahrheit und Gerechtigkeit einsetzen, in den besetzten Gebieten akut bedroht, sollten diese nicht befreit werden. Mit ihrer historischen Erfahrung von Krieg und Verfolgung im 20. Jahrhundert machten sich die Ukrainer keine Illusionen über die russische Besatzung. Es obliege nun der freien Welt, den tapferen Ukrainern zu helfen. Abschließend riefen die Bischöfe dazu auf, die Gebete und das Engagement zugunsten der Ukraine zu verstärken. (NÖK)

Ukraine: Ukrainische Orthodoxe Kirche will Myron-Weihe wieder aufnehmen

02. Dezember 2022.

Der HI. Synod der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) hat an seiner Sitzung vom 23. November entschieden, [die Myron-Weihe wieder aufnehmen](#). Zu diesem Zweck hat der HI. Synod eine eigene Kommission eingerichtet. Diesen Schritt hatte schon das [Landeskonzil der UOK vom 27. Mai](#), das die Trennung vom Moskauer Patriarchat beschlossen hatte, vorgesehen. In der Kyjiwer Metropole habe es die Myron-Weihe seit Mitte des 15. Jahrhunderts gegeben, im Zuge der Revolution habe diese Praxis 1917 geendet. Mit der Wiedereinführung der Myron-Weihe festigt die UOK die im Mai verkündete Loslösung vom Moskauer Patriarchat.

In der [Russischen Orthodoxen Kirche](#), der die UOK bis zu ihrem Landeskonzil unterstand, wurde der Beschluss ebenfalls als Schritt zur Distanzierung interpretiert. Die Myron-Weihe vor der Oktoberrevolution sei damals nicht als Bedrohung für die Einheit der Kirche betrachtet worden, erklärte Erzpriester Nikolaj Balaschov, ein Berater des russischen Patriarchen Kirill. In der heutigen Situation „sieht diese Entscheidung natürlich wie eine weitere Geste der Entfernung aus“. Dies werde aber „unseren Brüdern“ kaum helfen, „Verfolgungen, Durchsuchungen, Strafverfolgungen und Versuche eines völligen Verbots zu vermeiden“, befürchtete er.

In der [Erklärung des HI. Synods der UOK](#) war der Krieg gegen die Ukraine das dominierende Thema. Die UOK nahm ihre Geistlichen in Schutz, von denen einige der Kollaboration mit Russland beschuldigt werden. Angesichts der Umstände des Kriegs

seien „diese künstlichen Anschuldigungen unbewiesen und unbegründet“. Die Bischöfe und Priester, die in den besetzten Gebieten der Ukraine geblieben seien und dort ihren Dienst fortsetzten, seien keine Kollaborateure, sondern vielfach „echte Helden“. Denn sie hätten ihre Gläubigen trotz der schwierigen Umstände nicht im Stich gelassen, obwohl sie dabei ihren Ruf riskierten. Die Nähe zu den Gläubigen im Krieg rühmte auch das Oberhaupt der UOK, [Metropolit Onufrij \(Berezovskij\), in seiner Eröffnungsansprache](#): der „Schmerz des Volks ist unser Schmerz“. Er dankte den Geistlichen, dass „jeder an seinem Platz“ in „diesen schwierigen Tagen“ seinen Dienst tue.

Die Bischöfe zeigten sich wegen der andauernden „illegalen Praxis“ der Neuregistrierung von Gemeinden und „Besetzung von Kirchen“ der UOK besorgt. Zusätzliche Sorgen bereitet ihnen, dass es in letzter Zeit in einigen Klöstern und bei Geistlichen der UOK zu Durchsuchungen und ernsten Anschuldigungen gegen sie gekommen sei. Zudem traf der HI. Synod eine Reihe [personeller Entscheidungen](#) und beschloss, von nun an den Vorsteher der Makedonischen Orthodoxen Kirche-Erzbistum Ohrid in den Gottesdiensten zu kommemorieren. Damit hat sie die Kirche, die kürzlich von der Serbischen Orthodoxen Kirche die [Autokephalie erhalten hat](#), offiziell anerkannt. (NÖK)

Ukraine: Geheimdienst durchsucht Klöster der Ukrainischen Orthodoxen Kirche

02. Dezember 2022.

Der ukrainische Inlandgeheimdienst (SBU) hat im Kyjiwer Höhlenkloster, dem Sitz des Oberhauptes der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK), eine [Spionageabwehr-Operation durchgeführt](#). Gemeinsam mit der Nationalpolizei und Nationalgarde suchte er am 22. November in den Räumlichkeiten und auf dem Gelände nach „verbotenen Gegenständen“ und Saboteuren. Die Operation gehöre zur „systematischen Arbeit“ des Geheimdienstes gegen die „subversive Tätigkeit russischer Nachrichtendienste in der Ukraine“, hieß es in einer Mitteilung des SBU. Angesichts des Krieges wachse das Risiko von Terroranschlägen, Sabotageakten und Geiselnahmen. Die Durchsuchung des Höhlenklosters sollte verhindern, dass es als „Zentrum der ‚Russischen Welt‘ benutzt wird“, sowie dazu dienen zu überprüfen, ob dort Mitglieder von Spionage- und Sabotagegruppen, Ausländer und Waffen versteckt werden.

Schon am 15. November hatte der SBU eine [Untersuchung im Zusammenhang mit einem angeblich prorussischen Lied](#), das in einer der Kirchen des Klosterkomplexes gesungen worden war, eröffnet. Dieses verstoße möglicherweise gegen Art. 436-2 des Strafgesetzes, der die Rechtfertigung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine verbietet. Ein kurzer [Ausschnitt des Lieds auf Video](#) – zu hören ist die Zeile „Das Läuten schwebt über Russland, Mütterchen Rus' erwacht“ – wurde von einem Priester der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU), Michail Omeljan, auf Facebook geteilt und löste zahlreiche Reaktionen aus. Der Leiter des Höhlenklosters, Metropolit Pavel (Lebed), [wehrte sich in einem Video](#) gegen die Vorwürfe, im Kloster werde für Russland gebetet. Im Höhlenkloster werde für alle Orthodoxen, für die Ukraine und für Frieden gebetet. Dem zuständigen Priester, in dessen Anwesenheit das betreffende Lied gesungen worden war, sei verboten worden, Gottesdienste zu feiern, außerdem würden künftig keine „weltlichen Lieder“ mehr gesungen, erklärte Metropolit Pavel.

Die Russische Orthodoxe Kirche (ROK), zu der die UOK bis vor kurzem gehört hatte, [bezeichnete die Durchsuchung als Einschüchterungsaktion](#). Vladimir Legojda, der Leiter Synodalabteilung für die Beziehungen der Kirche mit der Gesellschaft und den Medien, beklagte zudem, dass die Aktion „wie so viele andere Fälle der Verfolgung von Gläubigen in der Ukraine seit 2014“ wahrscheinlich von der „selbsternannten internationalen

Menschenrechtsgemeinschaft“ ignoriert würde. Er betonte, die Kirche sei in Russland und der Ukraine der einzige Ort, wo „mit einer Stimme unter den Bedingungen der Entfremdung für den Frieden gebetet wird“. Auch [Metropolit Antonij](#) (Sevrjuk), der Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, kritisierte das Vorgehen gegen das Höhlenkloster als Schlag gegen die spirituelle Einheit der Orthodoxen Kirche. Es handle sich um grobe Einmischungsversuche des Staats in das Leben der Kirche im „Kontext des Kampfes gegen alles Russische, der heute in der Ukraine stattfindet“.

Das Höhlenkloster in Kyjiw ist nicht die einzige Institution der UOK, gegen die der SBU vorgeht. Gleichzeitig wurden in der [Region Rivne](#) auch Räumlichkeiten der Eparchie Sarny sowie ein Frauenkloster im Dorf Serniki und das Dreifaltigkeitskloster in der Stadt Korets durchsucht. Weitere Spionageabwehr-Operationen fanden am 25. November auf dem Gebiet der Eparchie Tschernivtsi-Bukowina, am 26. November beim [Erzbischof von Ternopil](#) und in der [Eparchie Ivano-Frankivsk](#) statt. Bei den Durchsuchungen fand der Geheimdienst offenbar „Propagandamaterial“, größere Mengen [Bargeld](#), „[prorussische Literatur](#)“ sowie „verdächtige“ russische Staatsbürger und stellte fest, dass leitende Personen in der Eparchie Tschernivtsi-Bukowina russische Staatsbürger seien. Zudem seien deren [Korrespondenz](#) mit ihren „Moskauer Kuratoren“ sowie Richtlinien für die Durchführung von Gottesdiensten im Krieg gefunden worden.

Zudem [erhebt der SBU weitere Vorwürfe](#) gegen [Metropolit Ionafan](#) (Jeletskich). In einem Nebenraum der Kirche habe er propagandistische Flugblätter aufbewahrt, in denen der Angriff Russlands und die Besetzung von Gebieten im Osten und Süden der Ukraine gerechtfertigt werde. Zudem habe er in seinen Materialien zum Sturz der Staatsmacht und Verletzung der Landesgrenzen aufgerufen. Die Unterlagen hätten an die lokale Bevölkerung verteilt werden sollen. Ionafan bestreitet die Vorwürfe entschieden. Der SBU betonte, sich in seiner Arbeit an das Prinzip der Unparteilichkeit zu halten und das Recht aller Bürger auf Glaubens- und Religionsfreiheit zu achten. (NÖK)

Ukraine: Neue rechtliche Vorstöße gegen die Ukrainische Orthodoxe Kirche

15. Dezember 2022.

Der ukrainische Präsident Volodymyr Zelenskyj hat die „spirituelle Unabhängigkeit“ der Ukraine betont. In [seiner Ansprache](#) am 1. Dezember im Gedenken an das Unabhängigkeitsreferendum vor 31 Jahren betonte er, dass „wir es niemals jemandem erlauben werden, ein Imperium innerhalb der ukrainischen Seele zu bauen.“ Daher müssten Bedingungen geschaffen werden, dass keine vom Aggressor-Staat abhängigen Akteure die Möglichkeit haben, die Ukrainer zu manipulieren und die Ukraine von innen zu schwächen“. Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine (SNBO), dessen Vorsitzender Zelenskyj ist, habe der Regierung deshalb den Auftrag erteilt, innerhalb von zwei Monaten dem Parlament einen Gesetzesentwurf „über die Unmöglichkeit der Tätigkeit religiöser Organisationen in der Ukraine, die mit Einflusszentren in Russland verbunden sind,“ vorzulegen.

Zudem soll der Staatsdienst für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit feststellen, ob das Statut der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK), das diese an ihrem Landeskonzil Ende Mai 2022 angepasst hat, „kirchlich-kanonische Verbindungen zum Moskauer Patriarchat“ enthält, und gegebenenfalls Maßnahmen ergreifen. Weiter soll [die Regierung](#) innerhalb von zwei Monaten die Rechtsgrundlagen und die Einhaltung von Bedingungen zur Nutzung des Kyjiwer Höhlenklosters durch religiöse Organisationen überprüfen. Der Inlandgeheimdienst der Ukraine (SBU) soll mit anderen Sicherheitsorganen „subversive Aktivitäten russischer Nachrichtendienste im religiösen Umfeld der Ukraine“ untersuchen

und bekämpfen. Dazu gehört auch das Verhängen von Sanktionen, unter anderem gegen Einzelpersonen.

Mit diesen Maßnahmen zielt der SNBO klar auf die UOK, die bis zu ihrem Landeskonzil im Mai dem Moskauer Patriarchat unterstand und immer wieder der Kollaboration mit Russland verdächtigt wird. Hinzu kommt eine [Reihe von Durchsuchungen](#) in Gebäuden und bei Geistlichen der UOK und Untersuchungen gegen diese unter der Leitung des SBU in den letzten Wochen. Zudem gibt es in der Rada immer wieder Vorstöße, rechtliche Schritte bis hin zu einem Verbot der UOK zu unternehmen. So wurde Anfang Dezember der [Gesetzesentwurf Nr. 8262](#) in die Rada eingebracht, der die Regulierung der Aktivitäten von Religionsgemeinschaften in der Ukraine verbessern soll, insbesondere im Fall von Jurisdiktionswechseln. Darin würde eine Passage verbieten, staatliche oder kommunale Liegenschaften an Religionsgemeinschaften zu vermieten, verpachten oder ihnen zur kostenlosen Nutzung zu überlassen, deren leitendes Zentrum sich außerhalb der Ukraine, in einem Land befindet, das einen militärischen Angriff auf die Ukraine verübt hat. Am 23. November wurde schon der [Gesetzesentwurf Nr. 8221](#) zur „Sicherstellung der Stärkung der nationalen Sicherheit im Bereich der Gewissensfreiheit und der Aktivitäten religiöser Organisationen“ von Abgeordneten der Partei *Europäische Solidarität* des ehemaligen Präsidenten Petro Poroschenko ins Parlament eingebracht. Damit sollen die „Aktivitäten der Russischen Orthodoxen Kirche in der Ukraine“ und aller religiösen Gemeinschaften, die zu ihren Strukturen gehören oder sich ihr in kirchlicher oder organisatorischer Hinsicht unterordnen, verboten werden. In diesem Zusammenhang sollten auch alle Mietverhältnisse oder andere Formen der Immobiliennutzung mit den betreffenden Gemeinschaften gekündigt werden. Außerdem soll die Bezeichnung „orthodox“ in offiziellen Namen für die 2018 gegründete Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) reserviert werden. Eine [Petition fordert vom Präsidenten](#), diesen Gesetzesvorschlag als dringlich einzustufen und vom Parlament außerordentlich diskutieren zu lassen. Auf lokaler Ebene lehnte es jedoch beispielsweise der [Provinzrat von Odessa](#) ab, die UOK in seiner Region zu verbieten.

Gegen ein Verbot der UOK sprach sich die [Leiterin des Staatsdienstes für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit, Olena Bohdan](#), aus. Sie verwies auf die große Zahl Geistlicher, die zur UOK gehören. Wenn man diese in ein Verhältnis zu den Untersuchungen gegen Geistliche setze, beträfen sie weniger als 1 Prozent der Geistlichkeit, erklärte sie in einem Interview. Zwar sei das Risiko für Kollaboration in der UOK aufgrund ihrer Geschichte erhöht, zugleich seien Gläubige der UOK als Freiwillige an der Front und in ihren Kirchen werde für den Sieg der Ukraine gebetet. Sie warnte davor, dass ein Verbot der UOK Konflikte mit sich bringen und die Situation in der Ukraine destabilisieren könnte. Besser sei es, in Fällen von Kollaboration Individuen zur Verantwortung zu ziehen. Am 6. Dezember [entließ jedoch die Regierung Bohdan](#) von ihrem Posten. Zugleich unterstellte sie den Staatsdienst für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit direkt dem Ministerkabinett.

In der Rada ist zudem ein Vorstoß hängig, das Kabinett aufzufordern, das Kyjiwer Höhlenkloster und die Lavra von Potschajev der OKU zur Nutzung zu übertragen. Eine [entsprechende Petition](#) hat innerhalb weniger Tage die nötigen 25'000 Unterschriften gesammelt. Die beiden wichtigen Klöster werden zurzeit von der UOK genutzt. Anfang Dezember löste die Registrierung des „Kyjiwer Höhlenklosters“ durch die OKU große Aufregung aus. Allerdings handelte es sich dabei [nicht um eine Übergabe des Klosters an die OKU](#), wie der Kulturminister Alexander Tkatschenko klarstellte. Die OKU hat ein Kloster in der sog. oberen Lavra auf diesen Namen registrieren lassen, das nichts mit den Klosteranlagen der unteren Lavra, die von der UOK genutzt werden, zu tun hat. Das gesamte Areal gehört dem Staat, der die obere Lavra als Museum nutzt und die untere Lavra der UOK zur Nutzung überlassen hat. (NÖK)

Ukraine: Priester wegen Kollaboration verurteilt

15. Dezember 2022.

Erstmals seit Beginn der russischen Großinvasion ist in der Ukraine ein Priester verurteilt worden, weil er den gegnerischen Truppen Informationen geliefert haben soll. Der [Vorsteher einer Kirche der Ukrainischen Orthodoxen Kirche \(UOK\) in Lysytschansk](#) soll den Okkupationskräften Stellungen der ukrainischen Armee in der Stadt und im Kreis Severodonetsk verraten haben. Zudem soll er ihnen von „lokalen Patrioten“ berichtet haben. Der Priester wurde im April festgenommen, nun wurde er zu 12 Jahren Haft verurteilt. Er soll 2014 auf einer Reise nach Russland angeworben sein. Seither stand er mit separatistischen Kräften in der sog. Volksrepublik Luhansk in Kontakt und lieferte diesen seit Februar 2022 Informationen.

Unterdessen geht der Inlandgeheimdienst der Ukraine (SBU) weiter gegen Vertreter der UOK vor. In den Regionen [Poltava](#), [Tscherkasy](#), [Wolhynien und Cherson](#) führte er Spionageabwehraktionen durch, in der Region [Vinnytsja wird der Leiter](#) einer der dortigen Eparchien der UOK verdächtigt. Außerdem hat der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine (SNBO) [mehrere Geistliche der UOK mit Sanktionen](#) belegt. Diese beinhalten verschiedene Einschränkungen in Reise- und Finanzangelegenheiten und gelten für fünf Jahre. Unter den Sanktionierten ist Protodiakon Vadym Novynskyj, ein früherer Abgeordneter und Oligarch, sowie die Bischöfe der Krim und Erzbischof Arkadij (Taranov) von Rovenky, die sich nach dem [Landeskonzil der UOK im Mai 2022 direkt dem Moskauer Patriarchen](#) und dem Hl. Synod der Russischen Orthodoxen Kirche (ROK) unterstellt hatten. Zudem verhängte der SNBO Sanktionen gegen Metropolit Jelisej (Ivanov) von Izjum und Bischof Iosif (Maslennikov) von Romny, die beide vom Hl. Synod der UOK an seiner [Sitzung vom 23. November](#) in den Ruhestand versetzt worden waren. Außerdem wird Metropolit Pavel (Lebed) von Vyschhorod, der Abt des Kyjiwer Höhlenklosters, sanktioniert. Das Höhlenkloster ist schon im November ins Visier des SBU geraten, als dort in einer Kirche offenbar ein prorussisches Lied gesungen wurde; am 15. November wurde eine [Untersuchung eröffnet](#). Diese soll nun [Gesetzesverstöße eines Geistlichen](#) und seiner Anhänger, die am betreffenden Gottesdienst teilgenommen hatten, festgestellt haben.

Die UOK ist wegen der Geheimdienstoperationen gegen ihre Einrichtungen besorgt. Erzpriester Nikolaj Danilevitsch, der Sprecher der [UOK, warnte, dass „viele einfache Gläubige](#) der UOK in der ganzen Ukraine sehr empört“ seien. Sie seien bereit, ihre Kirche zu verteidigen.

Die ROK, der die UOK bis zum Landeskonzil im Mai unterstand, kritisierte die Vorgänge in der Ukraine scharf. Vladimir Legojda, der Sprecher der ROK, bezeichnete die [„systematischen Einschüchterungsaktionen“](#) als „Teil einer orchestrierten Kampagne“, die den Eindruck erwecken soll, dass die UOK das Vertrauen der Bevölkerung verloren habe. So sollten die folgenden Gesetzlosigkeiten gerechtfertigt werden. (NÖK)

Russland: Für Patriarch Kirill sind Ukrainer und Russen ein Volk

12. Januar 2023.

Der russische Patriarch Kirill hält weiterhin an der Meinung fest, Ukrainer und Russen seien ein Volk. Zweifellos handle es sich um „ein Volk, das aus dem Kyjiwer Taufbecken hervorgegangen ist“, sagte Kirill in einem [Fernsehinterview zum orthodoxen Weihnachtsfest](#). Aber natürlich sei es ein „sehr großes Volk, vom Weißen bis zu

Schwarzen Meer“, und diese riesige Größe habe immer Angst und Neid hervorgerufen. Darum hätten „äußere Kräfte“ immer darauf hingearbeitet, das Volk zu spalten und besser noch seine Teile gegeneinander auszuspielen.

Die Orthodoxe Kirche war und ist laut dem Patriarchen die „stärkende Kraft“ für die „Einheit des Volkes“. Allerdings habe es immer wieder Versuche gegeben, den Einfluss der Orthodoxen Kirche zu schwächen, vor allem durch die Gründung der griechisch-katholischen Kirche. Die Union habe nicht nur „das Volk in der südlichen und westlichen Rus‘ sehr gespalten“, sondern auch zu Blutvergießen geführt, was wiederum zu dauerhaften Konflikten führe. Allerdings betrachtet der russische Patriarch die Spaltung angesichts des andauernden Kriegs Russlands gegen die Ukraine als politisches Phänomen aufgrund eines radikal anderen Entwicklungswegs als des russischen, den die ukrainische Politik eingeschlagen habe. In der Ukraine „wird alles dafür getan, dass Russland in den Augen der Ukrainer zum Feind wird“, führte Kirill weiter aus, dagegen müsse die Kirche alles tun. In Russland werde lediglich die ukrainische Führung kritisiert, aber „keinerlei Hass gegen die Ukrainer kultiviert“.

Wieder einmal stellte Patriarch Kirill die Bewahrung „traditioneller Werte“ als Kampf gegen apokalyptische Entwicklungen dar, die das Überleben der Menschheit sichern würden. Der Kampf für moralische Prinzipien und die Bewahrung des Glaubens sei ein „Kampf für die Zukunft der ganzen Menschheit, für das Leben der Welt“. In diesem Sinn komme Russland eine „ganz besondere Rolle“ zu, da Russland eine spirituell starke Gemeinschaft sei. Je mehr „negativer Druck auf uns ausgeübt wird, desto stärker werden wir“, erklärte Patriarch Kirill.

In seiner [Ansprache zum Weihnachtsgottesdienst](#) zeigte sich Kirill in Bezug auf die Ukraine überzeugt, dass die aktuellen „teuflischen Versuchungen“ vergehen werden. Irgendwann würden die Menschen „sich mit Ironie oder vielleicht nur mit einem Lächeln an die kläglichen Bemühungen erinnern, die kanonische orthodoxe Kirche in der Ukraine zu zerstören“. Er rief zum Gebet für die Ukrainer auf, aber auch für den russischen Staat, die Regierung und die Armee. (NÖK)

Ukraine: Staat entzieht UOK zwei Kirchen des Höhlenklosters

12. Januar 2023.

Seit Beginn des neuen Jahres darf die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK) zwei Kirchen auf dem Areal des Kyjiwer Höhlenklosters nicht mehr nutzen. Auf Empfehlung des Kulturministeriums hat die Museumsleitung des Höhlenklosters, welche die sog. obere Lavra verwaltet, den Ende 2022 auslaufenden [Pachtvertrag mit der UOK für die Mariä-Entschlafens-Kathedrale und die Refektoriumskirche nicht verlängert](#). Die Kathedrale ist die wichtigste Kirche des Klosterkomplexes, der einer der bedeutendsten der Ukraine ist. Die beiden Kirchen befinden sich auf dem Gebiet der oberen Lavra, die Klosteranlagen der unteren Lavra werden weiterhin von der UOK genutzt. Das ganze Areal gehört dem Staat, der die untere Lavra seit 2013 unbefristet an die UOK verpachtet. Dort residiert auch das Oberhaupt der UOK, Metropolit Onufrij (Berezovskij).

Eine Kommission, bestehend aus Vertretern des Kulturministeriums, der UOK, des Museums sowie Juristen, hatte zwischen Neujahr und dem 5. Januar die beiden Kirchen inventarisiert. Zum Abschluss wurde ein Dokument über die Rückgabe an den Staat unterschrieben, wobei der Abt des Höhlenklosters, der Teil der Kommission war, nicht an der Sitzung teilnahm und somit auch nicht unterschrieb. In einem [Schreiben an den ukrainischen Präsidenten Volodymyr Zelenskyj](#) beklagte er, dass die Klostersgemeinschaft

erst am 26. Dezember informiert worden sei. Er lebe seit 30 Jahren als Abt ständig im Höhlenkloster, mit ihm 220 Mönche, die „ständig für unseren Staat, für unsere Armee beten“. Bis zum Krieg hätten sie jeden Tag Gottesdienste in den beiden Kirchen gefeiert und sie instandgehalten, erklärte Metropolit Pavel (Lebed) weiter.

Die [Bruderschaft des Höhlenklosters beklagte in einem offenen Brief](#) an den Präsidenten, Ministerpräsidenten, Kulturminister und alle Bürger die „sich in letzter Zeit verstärkenden Verletzungen der Rechte des Klosters und seiner Gemeindemitglieder“. Sie verwies darauf, dass die Lavra ab 1988 „mit den Kräften und Mitteln“ des Klosters, der Bruderschaft, von Gönnern und Gläubigen wieder aufgebaut worden sei. Der Staat als Eigentümer habe keine „substanziellen Maßnahmen zur Restaurierung und Erhaltung der Kirchen“ unternommen und tue das auch aktuell nicht, die staatlichen Mittel für diese Zwecke seien „unbedeutend“. Zudem gebe das Kloster monatlich beträchtliche Summen für Strom und Heizung aus, obwohl die Kirchen auf Kosten des Staates geheizt werden müssten. Die Mönche warnten zudem, dass die Verfolgung der Orthodoxen Kirche, „wie die Geschichte zeigt, nicht nur den Organisatoren und Teilnehmern solcher schändlicher Taten sowie ihren Nachfahren Unglück und Kummer bringt, sondern auch diesem Land und diesem Staat“.

Anstelle der UOK durfte am 7. Januar die Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) in der Entschlafens-Kathedrale einen Weihnachtsgottesdienst feiern, was deren Oberhaupt, [Metropolit Epifanij \(Dumenko\), als „historisches Ereignis“](#) bezeichnete. Es sei ein großes Geschenk Gottes zur Zeit schwerer Prüfungen, dass in der Hauptkathedrale des Höhlenklosters „erstmalig das ukrainische Gebet der lokalen autokephalen Orthodoxen Kirche der Ukraine erklingt“. In seiner allabendlichen [Videobotschaft bezeichnete Präsident Zelenskyj](#) am 7. Januar den Tag als „historisch für die Ukraine und die spirituelle Unabhängigkeit unseres Volkes“. Es habe ihn gefreut, dass viele Gläubige und viele Soldaten den Gottesdienst besucht hätten, an diesem „heiligen Ort“, der eine der „Quellen der ukrainischen Kulturtradition“ sei. Es sei sehr wichtig, dass es in der Lavra ein „aufrichtiges Gebet für die Ukraine“ gegeben habe und weiter geben werde. Niemand „wird mehr in der Lavra das Ukrainische zu etwas Fremdem machen“, sagte Zelenskyj weiter.

Die UOK betrachtet die Beendigung des Pachtvertrags als nicht rechtmäßig. Ihre [Rechtsabteilung verwies](#) darauf, dass entsprechend dem Kriegsrecht Pachtverträge automatisch ihre Gültigkeit behielten, auch wenn sie ausliefen, und bis auf vier Monate nach Kriegsende verlängert würden. Zugleich geht jedoch die Regierung weiter gegen Vertreter der UOK vor. Mit einem Erlass [entzog Präsident Zelenskyj 13 Geistlichen die ukrainische Staatsbürgerschaft](#). Die meisten von ihnen sind in von Russland besetzten Gebieten aktiv, unter ihnen ist [Metropolit Ionafan](#) (Jeletschik) von Tultschyn, gegen den eine Untersuchung des Inlandgeheimdienstes läuft. Schon im Dezember hatte der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat unter Leitung von Zelenskyj [mehrere Geistliche der UOK mit Sanktionen belegt](#), unter ihnen Metropolit Pavel, der Vorsteher des Kyjiwer Höhlenklosters. Zurzeit laufen [über 50 Untersuchungen](#) gegen Geistliche.

Ende Dezember entschied das ukrainische Verfassungsgericht, dass das [Gesetz über die Umbenennung der UOK verfassungskonform](#) ist. Das [umstrittene Gesetz Nr. 5309](#) war Ende 2018 verabschiedet worden und besagt, dass Religionsgemeinschaften, die Teil einer religiösen Organisation mit Sitz in einem „Aggressor-Staat“ sind, dies in ihrem Namen anzeigen müssen. Die UOK beteuert aber, dass sie seit ihrem Landeskonzil im Mai 2022 völlig von der Russischen Orthodoxen Kirche unabhängig ist, der sie bis dahin unterstand. Sollte das Gesetz umgesetzt werden, wäre Vertretern der UOK der [Zugang zu den ukrainischen Streitkräften verwehrt](#), merkte der Leiter der Rechtsabteilung der UOK an. Somit könnten Gläubige der UOK keinen Militärdienst mehr leisten, befürchtet er. (NÖK)

Ukraine: Geistliche und Laien der UOK fordern klare Positionierung ihrer Bischöfe

25. Januar 2023.

Geistliche und Laien der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) wollen von ihren Hierarchen wissen, [was genau der aktuelle Status ihrer Kirche ist](#). Dabei geht es vor allem um die Beziehungen zur Russischen Orthodoxen Kirche (ROK), der die UOK bis zu ihrem Landeskonzil Ende Mai 2022 unterstand. Im damals verabschiedeten, abgeänderten Statut der UOK finden sich keine Bezüge mehr zur ROK. Allerdings wird der Status der Kirche nicht genau definiert, die UOK verkündete lediglich ihre [„volle Unabhängigkeit“](#).

Nun haben sich Geistliche und Laien der UOK auf [Facebook](#) und [YouTube](#) mit zehn Fragen zum Status ihrer Kirche an den Hl. Synod und die Hierarchen der UOK gewandt. Denn sie seien „extrem besorgt über die jüngsten Ereignisse rund um unsere Kirche aufgrund des illegalen Kriegs Russlands gegen die Ukraine und insbesondere des Mangels an klaren und konsistenten Erklärungen des Hl. Synods der UOK“. Klare Antworten auf ihre zehn Fragen würden die Geistlichen und Laien der UOK „beruhigen“ und „helfen, die Haltung der ukrainischen Gesellschaft gegenüber der UOK zu ändern“.

Zunächst wird nach dem genauen Status der UOK gefragt, ob sich die Kirche als autokephal, autonom oder selbstverwalteten Teil einer orthodoxen Lokalkirche betrachtet. Weiter fragen die Geistlichen und Laien, ob der Hl. Synod die Entscheidung zum Rückzug aus der ROK bestätigt, und fordern, Kopien entsprechender offizieller Dokumente zu veröffentlichen. Zudem erkundigen sie sich nach einem offiziellen Statement dazu gegenüber dem Hl. Synod der ROK. Weiter wollen die Verfasser wissen, ob ihre Hierarchen und ihr Vorsteher den Hl. Synod, die Bischofsversammlung und andere kirchliche Organe der ROK offiziell verlassen haben. Auch dazu fordern sie die Veröffentlichung von offiziellen Dokumenten, wobei sie einen offiziellen Rücktritt der betreffenden Bischöfe, nicht eine vorübergehende Aussetzung der Teilnahme meinen.

Weiter wollen die Verfasser wissen, ob der Hl. Synod der UOK Kontakt zu den anderen orthodoxen Lokalkirchen aufgenommen hat, um über ihren neuen Status und dessen Anerkennung zu verhandeln. Schließlich fordern sie die offizielle Verurteilung der Aussagen des russischen Patriarchen Kirill, der den Krieg unterstützt und rechtfertigt, sowie die Verurteilung der „illegalen Annexion einer Reihe von Eparchien und Gemeinden der UOK“ in den von Russland besetzten Gebieten durch den Hl. Synod der ROK.

Bei allen diesen Fragen verlangen die Initianten die Veröffentlichung offizieller Kirchendokumente zum Beleg der Antworten. Sollte es keine entsprechenden Akten geben, bitten sie darum, diese Fragen an der nächsten Sitzung des Hl. Synods zu diskutieren, um eine offizielle Position zu erarbeiten, oder zu begründen, warum sie eine Debatte über die Fragen ablehnen. Sie weisen darauf hin, dass das Statut der UOK ihre Fragen zur Verbindung und Abhängigkeit der UOK von der ROK, die während der letzten 30 Jahre bestanden habe, nicht beantworte. Das Fehlen klarer Antworten verstärke das Misstrauen gegen die Leitung der UOK. Die Initianten hoffen, dass der Hl. Synod, „wenn er wirklich danach strebt, die Kirche der ukrainischen Menschen und nicht die ROK in der Ukraine zu vertreten“, diese Fragen mit „pastoraler Sorge“ aufnimmt und „umfassende und eindeutige offizielle Antworten“ liefern wird.

Bis zum 24. Januar 2023 haben [1526 Personen die Forderung zur Beantwortung der zehn Fragen unterzeichnet](#). Die Mehrheit von ihnen – etwas mehr als 59 Prozent – sind Laien. Bei den Geistlichen sind die Unterzeichner mehrheitlich Erzpriester, gefolgt von Priestern, einigen Diakonen und Archimandriten. (NÖK)

USA: Schlagabtausch zur ukrainischen Religionspolitik im UN-Sicherheitsrat

25. Januar 2023.

Auf Antrag Russlands hat der UN-Sicherheitsrat am 17. Januar in New York zur Religionspolitik in der Ukraine getagt, der Punkt auf der Tagesordnung fungierte unter der Bezeichnung „Bedrohungen für den internationalen Frieden und die Sicherheit“. Der russische UN-Botschafter, Vasilij Nebenzja, hatte die [Einberufung der Sitzung mit der Begründung](#) verlangt, dass die Ukraine die Ukrainische Orthodoxe Kirche (UOK), die kanonisch mit dem Moskauer Patriarchat verbunden sei, zu „zerstören“ versuche.

An der Sitzung [sprach Metropolit Antonij \(Sevrjuk\)](#), der Leiter des Außenamts des Moskauer Patriarchats, per Videoübertragung im Auftrag der russischen Regierung über die Situation der UOK in der Ukraine. Das Moskauer Patriarchat sei äußerst besorgt über die „krassen Verletzungen“ der Rechte der „orthodoxen Gläubigen der Ukraine“. Metropolit Antonij warf der ukrainischen Regierung vor, die UOK zerstören zu wollen. Dabei verwies er auf die [Beschlüsse des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine](#) vom 1. Dezember, die „faktisch“ darauf zielten, die „Rechte der Gemeinden der UOK einzuschränken“. Zudem erwähnte er die Sanktionen gegen einzelne Vertreter der UOK, von denen einigen sogar die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen worden sei, sowie die Razzien bei Geistlichen der UOK. Alle diese Maßnahmen richteten sich ausschließlich gegen Vertreter der UOK, was gegen das Verbot der Ungleichbehandlung von Bürgern aufgrund ihrer Religion entsprechend der Verfassung verstoße, führte der Metropolit aus. Der Entzug der Staatsbürgerschaft sei „zweifelloso eine Form von massenhaften politischen Repressionen“. Diese Repressionen gegen den Episkopat der UOK seien die „Kulmination der repressiven Religionspolitik“ der ukrainischen Behörden in den letzten Jahren.

Botschafter Nebenzja sekundierte Metropolit Antonij und warf der ukrainischen Regierung vor, ein [„autoritäres, despotisches Regime“](#) gebildet zu haben und einen „Krieg gegen die kanonische Orthodoxie“ zu führen, der „die Ukraine an den Rand eines großen interreligiösen Konflikts“ gebracht habe. Die Ukraine sei nur Schritte von einer „brudermörderischen internen religiösen Katastrophe“ entfernt. Nebenzja drohte, dass sich Moskau nicht mit der Tatsache abfinden werde, „dass sich an unseren Grenzen eine bössartige, russophobe und antichristliche Diktatur bildet.“

Der ukrainische UN-Botschafter Serhij Kyslyzja konterte scharf: „Es ist eine Verhöhnung des Rats, wenn ein Komplize von Verbrechen gegen die Menschlichkeit dem Sicherheitsrat zu erklären beginnt, welche Glaubensgemeinschaften in der Ukraine als kanonische Institution anerkannt werden, und welche als häretisch bezeichnet werden sollten.“ Mit Blick auf Antonij bezeichnete es Kyslyzja als „verwirrend“, dass ein Angehöriger einer ausländischen religiösen Organisation eingeladen werde, um den Sicherheitsrat über die religiöse Situation in einem anderen Land zu informieren. Kyslyzja wies zudem auf eine Erklärung der UOK hin, dass sie das Moskauer Patriarchat nicht ermächtigt habe, in ihrem Namen vor der UNO zu sprechen.

Die UOK, die an ihrem [Landeskonzil am 27. Mai 2022](#) die volle Unabhängigkeit vom Moskauer Patriarchat verkündet hatte, hatte in einer [Mitteilung vom 16. Januar](#) erklärt, keinen Staat um Hilfe beim Schutz ihrer Rechte gebeten zu haben, schon gar nicht „den Staat, der einen heimtückischen bewaffneten Angriff auf unser Land verbrochen hat“. Die UOK rief die russischen Behörden auf, nicht im Namen der UOK auf internationalen Plattformen zu sprechen und den „Religionsfaktor nicht für ihre eigenen politischen Zwecke zu benutzen“.

Bereits am 15. Januar hatte das Oberhaupt der UOK, Metropolit Onufrij (Berezovskij), erneut klar den russischen Krieg gegen die Ukraine verurteilt. In [einer Predigt in Tschernivtsi rief er die russischen Behörden auf](#), aufzuhören „auf unsere Leute zu schießen und sie zu töten“. Für jeden vergossenen Blutstropfen müsse man sich vor Gott verantworten. Dieser wolle, dass die Menschen miteinander nachsichtig sind, „einander helfen, nicht einander bombardieren, sondern einander unterstützen“. Zudem [warnte er vor einem Religionskrieg](#) in der Ukraine, den „jemand“ anzuzetteln versuche, um „den Staat zu schwächen, uns zu schwächen, uns verwundbar zu machen“. Das Königreich, „das in sich gespalten ist, kann nicht bestehen“, sagte er weiter.

Auch die [Oberhäupter mehrerer ukrainischer anderer Religionsgemeinschaften](#), darunter der Orthodoxen Kirche der Ukraine, der Ukrainischen Griechisch-Katholischen Kirche, der römisch-katholischen Kirche, der muslimischen, jüdischen, baptistischen und adventistischen Gemeinschaften, wandten sich an den UN-Sicherheitsrat. Deren Erklärung trug Kyslyzja an der Sitzung des Sicherheitsrats vor. Die religiösen Oberhäupter schrieben „im Namen von Millionen unserer Gläubigen“, denen der Krieg immenses Leid gebracht habe. Ihre Freiheiten und religiösen Überzeugungen seien eine primäre „Zielscheibe der russischen Besetzer“ geworden. Wo immer Russland hinkomme, „endet die Religionsfreiheit“. Dort, wo Russland sei, würden „falsche“ Orthodoxe gequält“, Katholiken verspottet, Muslime eingesperrt, Protestanten zur Flucht gezwungen und Zeugen Jehovas verfolgt, heißt es in dem Statement. Die ukrainischen Gläubigen kämpften unter anderem dafür, dass in ihrem Land weiterhin jeder das Recht habe zu glauben, was er wolle. An die internationale Gemeinschaft gerichtet, erklärten die Religionsführer, diese solle am besten den Ukrainern helfen, den russischen Angriff abzuwehren, wenn sie etwas für den Schutz der Religionsfreiheit tun wolle.

Die stellvertretende UNO-Generalsekretärin für Menschenrechte, Ilze Brands Kehris, verwies in ihrer Stellungnahme vor dem UN-Sicherheitsrat zuerst auf die vom OHCHR registrierte Zahl von über 7000 Zivilisten und mehr als 11'000 Verletzten seit dem 24. Februar. Sie zeigte sich besorgt über die Lage der Religionsfreiheit in der Ukraine, einschließlich der Gebiete, die unter russischer Besetzung stehen. Seit Jahrzehnten existierten Spannungen zwischen den orthodoxen Gemeinschaften in der Ukraine, die sich jedoch nach dem russischen Angriff gegen die Ukraine verschlechtert hätten. Brands Kehris kritisierte das Vorgehen gegen Vertreter der UOK mit Razzien und Untersuchungen sowie die jüngsten Gesetzesentwürfe für ein Verbot der UOK. Sie rief die ukrainischen Behörden auf, ihr Vorgehen mit dem internationalen Recht abzustimmen und die Rechte der Verdächtigten vollumfänglich zu wahren. Abschließend forderte Brands Kehris beide Konfliktparteien auf, die Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit zu respektieren.

Die meisten anderen Vertreterinnen und Vertreter im Sicherheitsrat warfen Russland vor, mit der beantragten Debatte von den eigenen Kriegsverbrechen ablenken zu wollen. Der albanische UN-Botschafter erinnerte daran, dass die UNESCO seit Februar 2022 Schäden an 104 religiösen Stätten registriert habe. Die Schweizer UN-Botschafterin Pascale Christine Baeriswyl verurteilte den jüngsten russischen Luftangriff auf ein Wohngebäude in Dnipro am 14. Januar, bei dem mindestens 45 Zivilisten getötet wurden, und den Beschuss von Cherson, bei dem auch ein Gebäude des Ukrainischen Roten Kreuzes beschädigt wurde. „Dies ist nicht nur ein Angriff auf einen humanitären Akteur, sondern auch auf die Rechte der vom Konflikt betroffenen Menschen, Unterstützung und Schutz zu erhalten“, so Baeriswyl. (NÖK)

Ukraine: Zweite Liturgie der OKU im Höhlenkloster, UGKK erhebt Anspruch auf Lavra von Potschajev

25. Januar 2023.

Am orthodoxen Theophaniefest am 19. Januar hat die Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) zum zweiten Mal in der Mariä-Entschlafens-Kathedrale in der oberen Lavra des Kyjiwer Höhlenklosters einen Gottesdienst gefeiert. Nachdem der Pachtvertrag der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) für die Kathedrale und die nahegelegene Refektoriumskirche Ende 2022 [nicht verlängert worden war](#), durfte die OKU am 7. Januar dort die Weihnachtsliturgie feiern. In seiner [Predigt am Theophanie-Gottesdienst](#) rief Metropolit Epifanij (Dumenko) dazu auf, für die Opfer von Dnipro, wo ein Wohnhaus von einer russischen Rakete getroffen worden ist, und des Helikopterabsturzes von Brovary zu beten.

Bei den beiden Gottesdiensten der OKU in der Entschlafens-Kathedrale gab es offenbar [Störversuche](#). Am Weihnachtsgottesdienst verhinderten Epifanijs Wächter, dass ein Mann grünes Desinfektionsmittel in den Kelch für die Kommunion schüttet. An der Theophaniefeier wurde im Altarraum ein Seminarist der UOK festgehalten, der gegenüber OKU-Vertretern offenbar sagte, er habe die Feier auf irgendeine Art stören wollen. Der Seminarist wurde der Polizei übergeben.

Die ukrainischen Behörden wollen nun offenbar auch den [Pachtvertrag mit der UOK für die untere Lavra überprüfen](#). Die Stellvertreterin des Leiters des Parlamentskomitees für Fragen der humanitären und Informationspolitik, Jevgenija Kravtschuk, wies darauf hin, dass im Pachtvertrag von 2013 keine Frist für die Nutzung der Anlage festgesetzt sei. Auch wenn die Pacht unbefristet sei, müsste das im Vertrag angegeben sein, was nicht der Fall sei, erklärte sie. Zur Überprüfung des Dokuments sollen Spezialisten des Justizministeriums beigezogen werden. Im Dezember 2022 wurde zudem eine übergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet, um zu überprüfen, ob sich die UOK an die Nutzungsbedingungen für die Anlagen des Höhlenklosters hält, und um entsprechende Vorschläge und Empfehlungen zu erarbeiten.

Während die OKU bereits ihre [Ansprüche auf die gesamte Kyjiwer Lavra](#), auch die untere, von der UOK genutzte, angekündigt hat, möchte die Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche (UGKK) [das Recht erhalten, in der Lavra von Potschajev](#) Gottesdienste zu feiern. Auch diese wichtige ukrainische Klosteranlage ist zurzeit an die UOK verpachtet. In einem Interview erklärte Großerbischof Svjatoslav (Schevtschuk), das Oberhaupt der UGKK, seine Kirche stelle „heute gegenüber niemandem irgendwelche Ansprüche auf Eigentum“. Aber die Lavra von Potschajev sei „historisch ein großes spirituelles Zentrum unserer Kirche“. Sie sei ein „einzigartiges Zentrum der musikalischen, spirituellen, religiösen und internationalen Kultur“ gewesen. Zudem hätten Verbindungen zwischen den Orthodoxen im Kyjiwer Höhlenkloster und den Griechisch-Katholischen in Potschajev bestanden. Die sowjetischen Behörden hätten die ganze Anlage in den Besitz der Oblast Ternopil überführt, um die unierte Kirche zu zerstören, führte Svjatoslav aus. Wenn es also um die Entscheidung gehen werde, wem der Zugang zum Beten in der Lavra gewährt werden soll, müsse die historische Beziehung der UGKK zur Lavra berücksichtigt werden.

Der ukrainische Kulturminister Alexander Tkatschenko kündigte an, dass die Arbeitsgruppe zur Kontrolle der Nutzung von Staatseigentum nach der Inventur des Höhlenklosters auch die [Nutzung der Lavra von Potschajev kontrollieren](#) werde. Das dritte Kloster mit dem Ehrentitel Lavra in der Ukraine, die Lavra von Svjatohirsk, ist nicht in Staatsbesitz, sondern wird von den Regionalbehörden verwaltet. Daher liege die Initiative zu einer allfälligen Überprüfung bei diesen.

Zudem wurde ein [weiterer Gesetzesentwurf](#) im ukrainischen Parlament eingebracht, der Änderungen am Gesetz zur Religionsfreiheit und am Gesetz über die Registrierung juristischer und physischer Personen vorsieht und auf die UOK zielt. Mit dem [Gesetzesprojekt Nr. 8371](#), das vom Ministerkabinett eingereicht wurde und auf Initiative von Premierminister Denis Schmygal erarbeitet wurde, soll die Tätigkeit von religiösen Organisationen in der Ukraine verboten werden, die aus einem Land geleitet werden, das einen bewaffneten Angriff auf die Ukraine verübt hat. Der Vertreter der Regierung im Parlament, Taras Melnitschuk, erklärte auf *Telegram*, die Initiative diene der „Sicherstellung der spirituellen Unabhängigkeit, der Verhinderung einer Spaltung der Gesellschaft aufgrund der Religion, der Förderung der Konsolidierung der ukrainischen Gesellschaft und dem Schutz nationaler Interessen“.

In der Rada sind bereits die [Gesetzesprojekte Nr. 8262 und Nr. 8221 hängig](#), die ebenfalls die UOK einschränken sollen. Außerdem hat der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Regierung am 1. Dezember den Auftrag erteilt, ein Gesetz zum Verbot von Religionsgemeinschaften mit Verbindungen nach Russland zu erarbeiten. Dagegen wurde am 13. Januar eine [Petition lanciert](#). Die Initianten – Gläubige der UOK – beteuern, patriotische Ukrainer zu sein, die nie für die Interessen eines anderen Staats gearbeitet haben, sowie den Krieg, jegliche Änderungen der ukrainischen Grenzen und alle tatsächlichen Fälle von Kollaboration verurteilen. Die Verbrechen einzelner Kirchenvertreter dürften nicht der gesamten Kirche angelastet werden, denn die meisten Gläubigen der UOK engagierten sich auf vielfältige Weise in der Landesverteidigung. Sie kollektiv als Kollaborateure zu diffamieren, führe zu ihrer Demoralisierung und diene im Sinn einer gesellschaftlichen Spaltung letztlich Russland. Bis am 24. Januar haben 10'959 Personen die Petition unterschrieben.

Nachdem gegen den russischen [Patriarchen Kirill schon seit Ende Oktober 2022 Sanktionen](#) in Kraft sind, hat der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine [Sanktionen gegen 21 weitere Vertreter der Russischen Orthodoxen Kirche](#) (ROK) verhängt. Diese würden unter dem „Deckmantel der Spiritualität den Terror und eine genozidale Politik unterstützen“, sagte der ukrainische Präsident Volodymyr Zelenskyj in einer Videoansprache. Unter den sanktionierten ROK-Vertretern sind vor allem leitende Mitarbeiter der Synodalabteilungen zur Zusammenarbeit der ROK mit der russischen Armee sowie des kirchlichen Außenamts, darunter sein aktueller Leiter, Metropolit Antonij (Sevrjuk), und sein früherer Leiter, Metropolit Ilarion (Alfejev). Betroffen ist auch Vladimir Legojda, der vorübergehend den Pressedienst des Moskauer Patriarchats leitet, sowie der Leiter der Vereinigung der russischen Pfingstgemeinden, Sergej Rjachovskij. Zelenskyj kündigte zudem an, [weiteren Personen die ukrainische Staatsbürgerschaft abzuerkennen](#). Doppel- oder Mehrfachbürgern, die über die russische Staatsbürgerschaft und „politischen oder geistlichen Einfluss auf unseren Staat“ verfügten, solle die ukrainische Staatsbürgerschaft entzogen werden. Und mit der russischen Staatsbürgerschaft „sollen sie auch im entsprechenden Staat leben“, das schein ihm „völlig gerecht“. (NÖK)

Ukraine: Expertengruppe sieht im Statut der UOK keine Trennung von Russland

09. Februar 2023.

Der Staatsdienst der Ukraine für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit hat seine Untersuchung des Statuts der Ukrainischen Orthodoxen Kirche (UOK) abgeschlossen, bei der festgestellt werden sollte, ob darin eine „kirchlich-kanonische Verbindung“ zum Moskauer Patriarchat enthalten ist. Die zu diesem Zweck eingesetzte Expertengruppe kam zum Schluss, dass der „[Status der UOK als strukturelle Unterabteilung der](#)

[Russischen Orthodoxen Kirche \(ROK\) \[...\] unverändert geblieben](#) ist". Die Verabschiedung einer neuen Fassung des Statuts und die Beschlüsse des [Landeskonzils vom 27. Mai 2022](#) hätten nicht zum „Abbruch der kirchlich-kanonischen Verbindung“ zur ROK geführt.

Die Überprüfung des Statuts hatte der [Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine am 1. Dezember angeordnet](#), gleichzeitig mit dem Auftrag an die Regierung, dem Parlament einen Gesetzesentwurf „über die Unmöglichkeit der Tätigkeit religiöser Organisationen in der Ukraine, die mit Einflusszentren in Russland verbunden sind,“ vorzulegen. Die Beziehung zwischen der UOK und der ROK entspreche nicht dem Verhältnis zweier autokephaler Kirchen zueinander, erklärte die Expertengruppe in ihren Schlussfolgerungen. Auch den Status einer autonomen Kirche, „der von anderen Kirchen anerkannt würde“, habe die UOK nicht. Die „aktuelle Tätigkeit oder Untätigkeit“ der Kirchenleitung zeige zudem, dass die UOK der ROK unterstehe. Sie handle nicht wie eine autokephale Kirche und habe ihre Autokephalie auch nicht erklärt. Weder Dokumente noch Handlungen, die eine „Transformation der UOK in eine in Bezug auf die ROK selbstständige religiöse Organisation belegen würden“, seien der Expertengruppe bekannt.

Die [UOK ist mit den Resultaten der Expertengruppe nicht einverstanden](#). Schon im Januar hatte sie die [Auswahl der Experten kritisiert](#), von denen sie fünf (von insgesamt sieben) für voreingenommen und parteiisch hält. Sie verwies auf den Interessenkonflikt einiger Mitglieder, die Gemeindeglieder der Orthodoxen Kirche der Ukraine (OKU) seien. Stattdessen hatte die UOK den Beizug internationaler Fachleute vorgeschlagen. Nun habe die Expertengruppe in ihren Schlussfolgerungen offensichtlich ihr „Wunschdenken“ veröffentlicht, erklärte Erzpriester Oleksandr Bachov, der Leiter der Rechtsabteilung der UOK. Der Gegenstand der Untersuchung hätte die Beziehung der UOK zur ROK gemäß ihrem eigenen Statut sein sollen, nicht „gemäß dem Statut oder der Website der ROK“. Insgesamt bezeichnete Bachov das Gutachten als „illegal, durchgeführt mit Gesetzesverstößen und über die Grenzen seines Untersuchungsgegenstandes ausgehend“. Der [Staatsdienst für Ethnopolitik und Gewissensfreiheit wies die Vorwürfe der UOK zurück](#). Die Mitglieder der Expertengruppe seien ausgewiesene Fachleute auf ihrem Gebiet. Zudem sei ein Vertreter der UOK in die Gutachtergruppe eingeladen worden, habe die Teilnahme aber abgelehnt, und auch die Möglichkeit, Informationsmaterialien vorzulegen, nicht wahrgenommen.

Die Orthodoxe Kirche der Ukraine (OKU) hat sich allgemein für ein Verbot der Unterstellung oder Zugehörigkeit von Religionsgemeinschaften in der Ukraine zu religiösen Organisation in Russland ausgesprochen. Ihr HI. Synod verwies in einem [Statement vom 2. Februar auf die „Notwendigkeit, die Einmischung des Aggressor-Landes in das religiöse Leben der Ukraine einzuschränken“](#). Er verwies auf die offene Unterstützung der Leitung der ROK für die russische Regierung und deren Krieg gegen die Ukraine. Außerdem stehe sie unter dem maßgeblichen Einfluss der politischen Führung und den Geheimdiensten Russlands. Dieser „Einfluss wird als Mittel der hybriden Aggression gegen unser Land verwendet, um die Kollaboration mit den Besatzern in den besetzten ukrainischen Gebieten zu rechtfertigen, ukrainische Bürger zum Verrat an ihrer Heimat zu motivieren und im Interesse des Aggressors zu handeln“. Daher sei der Schutz der Sicherheit und der Bürger vor dem Missbrauch durch den Aggressor „völlig gerechtfertigt“, dieser Einfluss müsse eingeschränkt werden. Die OKU unterstützt deshalb [entsprechende Gesetzesvorlagen](#), von denen mehrere im ukrainischen Parlament hängig sind. (NÖK)

Meldungen über die Kirchen im Krieg Russlands gegen die Ukraine.

© Nachrichtendienst Östliche Kirchen NÖK